

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnements 4 Mk. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltenen Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Reuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Kolonialpolitisches.

Es sind allerlei sonderbare Blüten, die aus der Sphäre unserer Kolonialbestrebungen emporsteigen. Erklärt da zunächst ein Mitglied der ostafrikanischen Gesellschaft ganz unvorbereitet, daß er sich eine günstige Entwicklung der deutschen Kolonien ohne Sklavenarbeit gar nicht denken könne. Daraus läßt sich ungefähr schließen, wie es in jenen Kolonien aussehen wird, in denen der Einfluß der ostafrikanischen Gesellschaft zur Geltung kommt. Für den europäischen Einwanderer bleibt da wenig übrig; mit der billigen Sklavenarbeit wird kaum ein Chinese, geschweige denn ein deutscher Arbeiter konkurrieren können. Es ist indessen bezeichnend genug, daß eine irgend wie bedeutende Einwanderung von Europäern, resp. Deutschen nirgends in den vom Deutschen Reich besetzten Gebietsstücken bemerkbar geworden ist. Was sollten die Auswanderer auch drüben anfangen? Zunächst ist man über die klimatische und sonstige Beschaffenheit der neuen Gebietsstücke noch nicht hinreichend unterrichtet. Die Arbeiten auf den Besitzungen der europäischen Handelsherren dürften nach ihrer eigenartigen Beschaffenheit sowohl als nach dem damit verbundenen Verdienst für deutsche Arbeiter nicht sonderlich verlockend sein und ohnehin werden die Plantagenbesitzer u. s. w., soweit ihnen nur möglich, die billigen Arbeitskräfte der Eingeborenen vorziehen. Wer aber drüben sich „ein eigenes Heim“ gründen, d. h. ein Stück Land bebauen und sich damit ernähren will, der hat dazu eine Summe Geldes nötig, die einem mittelmäßigen Vermögen gleichkommt. Und wer ein solches besitzt, der braucht nicht erst auszuwandern, der kann sich in der Heimath sein Auskommen suchen.

Wären für den deutschen Auswanderer in den neuen deutschen Kolonien besondere Vortheile zu erhoffen, so würde sich der Auswanderungsstrom ganz von selbst dahin erheben. Dies ist aber nicht der Fall und so haben sich denn Leute gefunden, die künstlich einen Auswanderungsstrom nach Afrika zu Stande bringen wollen. Namentlich die Leiter der sogenannten Arbeiter-Kolonien in Deutschland haben diese Angelegenheit häufig besprochen und erst in neuerer Zeit ist von dieser Seite wieder betont worden, man müsse eine Verbindung zwischen den in Deutschland befindlichen sogenannten Arbeiter-Kolonien und den überseeischen Kolonien herstellen.

Man sagt in dem Jahresbericht der Verwaltung einer solchen Arbeiter-Kolonie in Süddeutschland, daß es für viele Ansassen der deutschen Arbeiter-Kolonien eine Wohlthat wäre, wenn ihnen die Mittel zur Ueberfahrt in eine deutsche geborene Kolonie geboten würden, zugleich mit der Möglichkeit, sich ein eigenes Heim zu gründen; man erinnert hier-

bei in erster Linie an alle diejenigen, welche aus irgend einem Grunde schon bestraft wurden.“ —

Vielleicht giebt es Leute, denen dies plausibel klingt; wir gehören nicht dazu.

Die Arbeiter-Kolonien sind allerdings so beschaffen, daß es für die Ansassen derselben „eine Wohlthat“ ist, wenn sie in irgend einem anderen Verhältnis einen wenn auch kärglichen Unterhalt gewinnen können. Allein selbst wenn man dahin gelangen würde, den Auswanderungslustigen die Mittel zur Ueberfahrt nach Afrika zu verschaffen, so wäre vom „eigenen Heim“ deshalb noch lange keine Rede. Um ein „eigenes Heim“ auf dem Kamerungebirge oder in Ostafrika zu begründen, fehlt doch den Leuten, die genöthigt gewesen sind, in eine Arbeiterkolonie einzutreten, so ziemlich Alles. Sie gehören zum ärmsten Theil der Bevölkerung. Und selbst wenn man den günstigsten Fall annimmt — daß ihnen die Mittel zur Ueberfahrt gewährt und ihnen Landereien umsonst angewiesen würden, so wären noch immer nicht die Betriebsmittel da und die Versorgung für die erste Zeit, bis der angebaute Boden seine Bewohner nähren kann, wäre auch noch nicht vorgesehen. Wo soll also das „eigene Heim“ herkommen? Es ist und bleibt in diesem Fall ein Phanton.

Es wird darüber geklagt, die entlassenen Strafgefangenen würden von der übrigen Gesellschaft als „Ausgestoßene“ betrachtet, auch wenn sie den besten Willen hätten, sich ehrlich durchzubringen. Namentlich diese Leute wollen die Verwaltungen der Arbeiterkolonien zur Verschiffung nach Afrika empfehlen. Viel besser wäre es, den Mißbürgern anzupfehlen, gegen entlassene Strafgefangene, die künftig sich ehrlich durchzubringen wollen, sich etwas weniger pharisäerhaft zu betragen.

Man sieht, die Verwaltungen der sogenannten Arbeiterkolonien, mit denen wir in keiner Weise sympathisiren können, sind bemüht, für ihre Anstalten einen gewissen offiziellen Anstrich zu erlangen. Wenn ihnen dies gelingt, dann sind wir auch bei dem angelangt, was der Wunsch so vieler deutscher Spießbürger ist, bei den Strafkolonien. Dann werden sofort die entschiedensten Versuche gemacht werden, die Deportation in die Strafvollzugsordnung einzuführen und da Unterschiede zwischen politischen und nichtpolitischen Straftathen heute nicht mehr viel gemacht werden, so kämen wir bald auch dahin, daß „müßelbige Elemente“ nach Kamerun abgeschoben werden könnten.

Man hat schon allen Grund, den Leitern der Arbeiterkolonien in diesen ihren Bestrebungen auf das Entschiedenste entgegen zu treten. Ohnedies haben die Arbeiterkolonien den Arbeitern schon dadurch ungemein geschadet, daß man sie benutzt hat, einzelnen Unternehmern billige Arbeitskräfte

zu liefern, mit denen der „freie“ Arbeiter natürlich nicht konkurriren kann. Vor allen Dingen aber ist es eine thörichte Illusion, wenn man glaubt, die Arbeiterfrage mittelst der Kolonien zu einer Lösung bringen zu können. Die „überzähligen“ Arbeitskräfte nach Afrika abzuschicken, ohne sich weiter darum zu bekümmern, was dort aus ihnen wird, das würde gewissen konservativen und liberalen Sozialpolitikern sehr gefallen. Wir sind indessen in Deutschland noch nicht so weit und werden hoffentlich, trotz verschiedener frommer Wünsche, auch nicht so weit kommen.

Politische Uebersicht.

Soch klingt das Lied vom — „freien“ Arbeiter! Und zwar diesmal in der schauzöllnerisch-nationalliberalen „Abn.-Westf. Ztg.“. Mit einer Frei-heit, die ihres Gleichen sucht, versteigt sich dieses Blatt zu folgender Annäherung:

„Unserer Ansicht nach handeln die Fabrikherren in ihrem vollen Rechte, wenn sie darauf bedacht sind, die Stimmabgabe ihrer Arbeiter in der Weise zu lenken, wie sie es in ihrem eigenen Interesse und in dem der Arbeiter für geboten erachten.“

Die ultramontane Dortmund „Tremonia“ nagelt diese Brachleistung mit folgenden Worten fest: „Es ist gut, daß die „Abn.-Westf. Ztg.“ hier einmal ihr Herz ausgeschüttet hat. Hört ihr es, Arbeiter, das schreibt das Hauptorgan der Nationalliberalen dieß Jahr gegen das Leitjournal der Industriellen! Also zum Stimmvieh in des Wortes vollster Bedeutung sind die Arbeiter gestempelt. Das soll den Herren Nationalliberalen angekreidelt werden!“ — Das Dortmund Blatt hat ganz Recht, wenn es den Arbeitern diese Brachleistung der dortigen Schornstein-Könige etwas näher definiert, allein es darf nicht übersehen werden, daß die Offenheit einer solchen Sprache noch der gleichzeitigen Heuchelei anderer Blätter des Manchestertums vorzuziehen ist. Anderswo wird der Arbeiter auch nicht viel weniger beeinträchtigt und nicht immer sind es nationalliberale Lohnherren, welche sich derartige Brutalitäten zu Schulden kommen lassen. So lange die Abhängigkeitsverhältnisse fortbestehen, werden auch die Beeinträchtigungen nicht aufhören und leider liegen die Verhältnisse für die Arbeiter, in Folge der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit, derartig traurig, daß in Zukunft ein noch größerer Druck zu erwarten ist, wenn keine Gegenmaßregeln ergriffen werden, um den Herren das Handwerk zu legen. Jene offiziellen Blätter aber, welche erst vor Kurzem in dem Ausfall der Landtagswahlen die „Stimme des Volkes“ witterten, werden gut thun, von dieser Stimme der „Abn.-Westf. Ztg.“ Kenntnis zu nehmen. Wir werden nicht verfehlen, ihnen dieselbe zur geeigneten Zeit in Erinnerung zu bringen.

Im antisemitischen Lager scheinen seltsame Dinge hinter den Kulissen zu spielen; denn im „Reichsbote“ finden wir mit einem Male den Wunsch ausgesprochen, daß Herr Stöcker, um seine „so sehr in Angriff genommene Arbeitskraft“ zu schonen, „eigentlich sein Amt als Vorkämpfer niederlegen möchte!“ — Von anderer Seite verlautet,

„Bewahre! Reichthum ein besonderes Verdienst? Von den vielen geadelten Bankiers hat auch nicht eines Leben Wiege in einem Palast gestanden.“

„Lassen wir das, Justizrath, Sie wissen sehr wohl, was ich sagen will. Wenn Rabe geadelt würde, dann — aber ich will jetzt nicht aussprechen, was ich denke, Sie haben Recht, wir wollen es ruhig abwarten.“

Er trank sein Glas aus und nahm seinen Hut, die Mittheilungen des alten Mannes hatten ihn verstimmt. Rabe der Verlobte Ella v. Loffow's? Er der einstige Besitzer des schönen Rittergutes?

Er konnte und mochte daran nicht glauben. Ella von Loffow war ja stets so wählerisch gewesen, wenn auch, außer ihrem Vermögen, nichts sie dazu berechtigte. Und der Baron hatte jede Gelegenheit wahrgenommen, um seine Erklärung, daß er niemals in eine Resalliance einwilligen werde, zu wiederholen. Was hatte nun diese Sinnesänderung bewirkt? Durch welche Mittel hatte Rabe sich so fest in die Gunst des alten, vorurtheilsvollen Edelmannes eingekauft?

Daß er Ella für sich gewonnen hatte, war am Ende begreiflich, aber daß er alle Vorurtheile des Barons umgeworfen haben sollte, diese so tief und fest eingerurzten Vorurtheile, das war gradezu unbegreiflich.

Die Person Rabe's machte dem Assessor heute sehr viel zu schaffen. Der Selbstmord des Gärtners und das Verhör des Dienstpersonals gaben ihm Manches zu denken.

Es wollte ihm nicht einleuchten, daß der alte Georg selbst sich das Leben genommen haben sollte; die Gründe welche Rabe dafür anfährte, erschienen ihm zu wenig sichhaltig.

Er mußte dieses Ereigniß mit dem Raub der Papiere in Verbindung bringen, und von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, gewann die Sache ein ganz anderes Ansehen.

Hätten die Papiere in der That wichtige und gefährliche Notizen enthalten, so konnte Derjenige, auf den diese Notizen sich bezogen, erst dann die Gefahr beseitigt erachten, wenn die Lippen des alten Mannes verstimmt waren.

Feuilleton.

Die Hand der Nemesis.

Roman

von Ewald August König.

(Fortsetzung.)

„Wie groß war der Betrag?“
„Gar kein Betrag, Blanko-Unterschrift. Sollte in einer Prozeßsache, von der ich nichts weiß, verwandt werden. Bin eigentlich gar nicht klug daraus geworden.“

Siegfried schüttelte den Kopf.
„Und wer soll Ihnen diesen Wechsel anvertraut haben?“ fragte er.

„Donnerwetter, Rabe!“

„Na, dann ist mir die Sache ziemlich klar. Rabe hat die Prozeßsache vorgeschoben, um die Unterschrift seiner Schwester zu erschwandeln, er hat den Wechsel ausgefüllt und in seinem Interesse verwendet. Daß die Generalin hinter den Betrag gekommen ist, wird ihm sehr unangenehm sein, aber geben Sie Acht, sie verzeiht ihm auch das. Ich begreife wirklich nicht, daß sie sich Alles von ihm gefallen läßt, ich begreife es um so weniger, weil sie in allen anderen Dingen so energisch und selbstständig handelt. Er soll mitunter am grünen Tisch enorme Summen verlieren, ein guter Freund hat es mir gesagt.“

„Der gute Freund wohl auch Spieler, wie?“

„Leider, aber das ist auch der einzige Fehler, den er besitzt. Ich frage Sie, woher nimmt Rabe das Geld? Kann er dieses verschwenderische Leben aus den Outeinkünften bestreiten? Ich glaube es nicht, und selbst wenn dies möglich wäre, müßte doch die Generalin Kenntnis davon haben.“

„Weiß ich nicht, Verehrtester, kümmere mich auch nicht darum,“ sagte der Justizrath, der jetzt den Rest aus der Flasche in sein Glas goß. „Rabe ist mein Freund auch

nicht, begreife nicht, daß Baron v. Loffow ihm seine Tochter geben will.“

„Sie scherzen wohl?“

„Fällt mir nicht ein, Baron hat selbst es mir gesagt.“

„Ihnen? Seltsam!“

„Gar nichts Seltsames! Bin seit Jahren Sachwalter des Barons, habe ihm auch jetzt ein Gesuch an des Königs Majestät aufsetzen müssen. Rabe soll geadelt werden, von Loffow-Rabe. Keine üble Idee, wie?“

Siegfried mußte lachen, er mochte wollen oder nicht.

„Das fehlte noch! sagte er. „Herr von Loffow-Rabe wird den Kopf noch einmal so hoch tragen. Ist denn der Baron ganz und gar vernagelt, daß er in diese Verbindung einwilligt? Sein Schwiegersohn würde mit dem Rittergut bald fertig sein, davon bin ich überzeugt.“

„Om, kann ja ein solider Mann werden.“

„Der? Niemals! Aber mein Papa soll dem Baron die Augen öffnen.“

„Teufel auch, Rand halten, Assessor!“ sagte der Justizrath erschreckt. „Dabe Verschwiegenheit versprechen müssen, wäre mir sehr unangenehm.“

„Na, dann will ich auch schweigen, beruhigen Sie sich. Wenn Ella von Loffow mit offenen Augen in ihr Unglück rennen will, so kann Niemand sie daran hindern, sie hat einen harten eigensinnigen Kopf, vor dem selbst ihr Vater sich beugen muß. Glauben Sie, daß des Königs Majestät das Gesuch genehmigen wird?“

„Baron v. Loffow sehr gut angegriffen!“

„Mag sein, aber hier handelt es sich um die Person Rabe's, und ich kann mir nicht wohl denken, daß man an maßgebender Stelle über seine Vergangenheit so leicht hinweg gehen wird.“

„Abwarten, Verehrtester! Schon oft vorgekommen, daß Jemand in den Adelstand erhoben wurde, von dem man es nicht erwartet hatte.“

„Jawohl, wegen besonderer Verdienste.“

daß Herr Stöcker die Führung aller konservativen Vereine übernehmen und sein Freund, der bekannte Pastor Dieze, ihm als Stütze zur Seite stehen soll. Man will also die gesamte Herde unter einen Hirten bringen; hoffentlich steht den Herren von der konservativen Partei der § 8 des Vereinsgesetzes, welcher die Verbindung politischer Vereine verbietet, nicht im Wege.

In der Rubrik „Parteiabewegung“ leistet die „Nordd. Allg. Blg.“ folgendes:

„Die in Dortmund erscheinende „Tremonia“, Organ der christlich sozialen (ultramontanen) Arbeitervereine von Dortmund und Umgegend, theilt die Rede des Abg. Viedrich — gehalten in der Generaldiskussion des Reichstages — ihren Lesern ausführlich mit den darin enthaltenen Extravaganzen mit, während die übrigen Reden in sehr verkürzter Form vorzulesen werden. Die „Ab. Weiss. Blg.“ (Organ der nationalen Großindustriellen des Rheinlandes) glaubt sich daraus zu dem Schlusse berechtigt, daß die christlich sozialen Arbeitervereine ultramontane Färbung in den industriellen Zentren des Westens sozialdemokratische Tendenzen unter dem Deckmantel der katholischen Propaganda verfolgen.“

Boshaft bemerkt dazu die „Germania“:

„Jesuiten als Führer der Sozialdemokratie — christlich soziale Arbeitervereine mit sozialdemokratischen Tendenzen! Durchlaucht, dem gelehrigen Schüler ein Extra Douzeur aus dem Reptilienfonds!“

Dem antisemitischen Dresdener Reichstagsabgeordneten Hartwig ist von seinen Parteigenossen, den Konservativen, der Stuhl vor die Thür gesetzt worden, weil er gegen den Vorsitzenden des konservativen Landesvereins eine beleidigende Erklärung veröffentlicht hat. Der Gesamtvorstand des konservativen Vereins in Dresden macht öffentlich bekannt, daß einstimmig beschlossen wurde, Herrn Hartwig aus dem konservativen Verein zu Dresden auszuschließen.

Zur Arbeiterschutzgesetz-Frage liegen dem Reichstage bis jetzt bereits 100 Petitionen vor. Diese aus den verschiedensten Gegenden des Reiches (mehr als 100 Städte sind vertreten) hervorgegangenen Petitionen bitten um Erlaß eines Arbeiterschutzgesetzes, betreffend die Einführung eines Maximalarbeitstages, Aufhebung der gewerblichen Sonntags-, Kinder- und Juchthausarbeit, Einschränkung der Frauenarbeit, Errichtung von Arbeitsämtern und Arbeitsklammern und Verbot der Arbeiten in Strafanstalten für Privatgewerbetreibende. Die Petitionen zählen zusammen über 800 000 Unterschriften. Viele Petitionen behandeln das Thema der Sonntagsarbeit im Besonderen und zwar in verschiedenem Sinne. — Man sollte nun doch meinen, daß der Reichstag alle Ursache hätte, sich dieser Frage mit ganz besonderem Eifer zu widmen. Aber weit gefehlt, in den Organen der tonangebenden Parteien des „hohen Hauses“ wird diese Angelegenheit mit einer Gleichgültigkeit behandelt, als ob dieselbe eine ganz nebensächliche sei. Dagegen findet man spaltenlange Abhandlungen über die Bestrebungen einer Hand voll Großindustrieller oder Agrarier, denen eine Wichtigkeit beigelegt wird, die den wirtlichen Verhältnissen nicht im Entferntesten entspricht. Und so wird es sich auch diesmal wieder zeigen, wie wenig geneigte Ohren der Reichstag aufzuweisen hat, wenn es sich um das Wohl der großen Masse des deutschen Volkes handelt. Der Majorität des Reichstages ist es so sehr unangenehm, sich mit der Noth und dem Elend zu beschäftigen, sie hat sich ja mit anderen so „wichtigen“ Dingen zu beschäftigen, daß sie solche widerliche „Kleinigkeiten“ recht schnell abthun muß. Freilich, so lange die übergroße Mehrheit der Bevölkerung noch die reaktionärsten und manchesterlichsten Männer zu Volksvertretern wählt, wird die Stimmung im Reichstage kaum eine andere werden, denn das Manchesterthum, gleichviel in welcher Gestalt, hat noch niemals Mitleid, geschweige denn ein Herz für das arbeitende Volk gehabt.

Das Monopol zum Vertriebe des Brauntweins, welches dem Staat in der von und im Verträge Nr. 281 besprochenen agrarischen Denkschrift zugewiesen wird, soll der Regierung gar nicht unwillkommen sein. Man spricht in untrüben Kreisen alles Ernstes davon, daß der Reichstag dieser und mehreren anderen Forderungen, die in der Denkschrift der pommerischen agrarischen Gesellschaft niedergelegt sind, nicht abgeneigt ist. Somit dürfte unsere in dem beregten Artikel ausgesprochene Befürchtung vor einer erneuten Volksbelastung nicht unbegründet sein.

Die sächsische Kammer beschäftigte sich in einer ihrer letzten Sitzungen mit dem Antrag des Abg. Starke: Die Regierung zu ersuchen, Mittel und Wege zur Abhilfe der Noth in den kleinen Städten und namentlich auf dem Lande ausfindig zu machen. Der Antragsteller hatte dabei anzuregen, ob es sich nicht empfehle, durch Gewährung von Stipendien an Studierende der Medizin letztere zu verpflichten, später sich in bestimmten Bezirken auf dem Lande niederzulassen. Aus der Motivierung des Antrages ging hervor, daß die Noth auf dem Lande allmählig einen sehr hohen Grad erlangt habe und noch wesentlich durch die Abkommen verstärkt würde,

Und wer war der Betreffende? Unzweifelhaft Rabe! Das ging aus allen Äußerungen des Verstorbenen hervor, es ließ sich ferner erkennen aus der Sicherheit, mit der Georg den Kammerdiener dieses Verbrechens beschuldigt hatte.

Die Papiere waren verschwunden, der Bestohlene hatte gedroht, ihren Inhalt veröffentlichen zu wollen, und statt zur Ausführung dieser Drohung zu schreiten, nahm er sich das Leben.

Es war wirklich gar zu unglücklich. Wie aber war das Gift in die Brauntweinflasche gekommen und wer hatte es hineingegossen?

Die Generalin wünschte die Niederschlagung der Untersuchung, vielleicht ahnte auch sie, daß die Antwort auf diese Frage ein entsetzliches Geheimniß enthüllen könne.

Und hatte der Kammerdiener nicht in der auffallendsten Weise sich bemüht, den Selbstmord zu erklären?

War die Aussage dieses Mannes nicht in vielen Punkten den Aussagen aller übrigen Zeugen durchaus widersprechend? Weshalb legten Rabe und der Kammerdiener so großes Gewicht darauf, daß der Verstorbene ein Trunkenbold gewesen sei? Alle übrigen Zeugen bestritten das ganz entschieden, gleichwohl beharrten diese Beiden dabei, Rabe hatte, sogar auf die Möglichkeit hingedeutet, daß der alte Mann die That in einem Anfälle von Säuferswahn begangen haben könne.

Die Gedanken Siegfried's schweiften weiter.

Weshalb hatte Rabe so hartnäckig die Schuldlosigkeit des Amerikaners behauptet, weshalb sogar den anerkannt tüchtigsten Juristen mit der Vertheidigung des Verhafteten beauftragt? Stand er am Ende selbst jenem räthselhaften Verbrechen nicht fern, und gebot das eigene Gewissen ihm, den Schuldlosen zu retten? Bezogen darauf sich die Notizen der geraubten Papiere?

Aber auch diese Fragen erschienen bei längerem Nachdenken dem jungen Manne unnütz und thöricht.

Welcher Grund hätte Rabe zur Ermordung des Arztes veranlassen können, zumal seine Schwester der Hilfe dieses Mannes so dringend bedurfte?

Nur ein einziger Grund ließ sich denken, der, daß der

welche die Ärzte aus Anlaß der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes zur Sicherung ihrer finanziellen Stellung unter sich getroffen hätten. Darnach solle am Orte selbst der erste Krankenbesuch mit M. 1, jeder weitere mit mindestens 50 Pf. berechnet werden, evtl. der Kosten für Operationen, die je nach der Schwere des Falles mit Mark 30—50 zu berechnen seien. Handelte es sich aber um einen Besuch außerhalb des Wohnortes, so solle jeder Besuch pro Kilometer Entfernung um 1 M. erhöht werden. Es entständen darnach also Taxen, wonach weiter entfernt wohnende, gering bemittelte Kranke auf jeden ärztlichen Beistand verzichten müßten. In der darauf folgenden Debatte stimmten alle Redner darin überein, daß der Arztmangel auf dem Lande zu einer wahren Katastrophe geworden und Abhilfe dringend nöthig sei, und wurden dafür die verschiedensten Vorschläge gemacht, auch getadelt, daß die Ärzte den Erwerbsstandpunkt zu sehr in den Vordergrund stellten. Der Minister des Innern gestand die Berechtigung der Klagen zu, konnte sich aber von den vorgeschlagenen Mitteln keine Abhilfe versprechen und erklärte, daß er die einzige Rettung nur darin sehe — er spreche dies aus auf die Gefahr hin, als Reaktionsärzte und Hinstertler verschrien zu werden — wenn wieder das Institut der Ärzte zweiter Klasse eingeführt werde, ein Vorschlag, der ihm seitens der Vertreter des platten Landes lebhaften Beifall einbrachte. Als Ärzte zweiter Klasse galten in Sachen diejenigen, welche nur die Hälfte der Universitätsstudienzeit für das medizinische Examen, zwei Jahre statt vier Jahre, absolviert und eine entsprechende Prüfung bestanden hatten. Es war verwerflich, daß der anwesende Kultusminister Dr. Gerber, einstweilen selbst Professor der Leipziger Universität, zu diesem etwas sehnlichen Vorschlage seines Kollegen nicht das Wort ergriff, denn es lag doch seinem Zweifel unterliegen, daß das Institut der Ärzte zweiter Klasse den allerbedenklichsten Bedenken unterliegt und deswegen seiner Zeit ausgeben würde. Gegen die Wiedereinführung dürfte sich sowohl die medizinische Fakultät der Universität, wie das Landes-Medizinalkollegium und der ärztliche Stand selbst entschieden aussprechen. Daß dem Landbewohner ein halb-gebildeter Arzt lieber ist, wie gar kein Arzt, mag erklärlich sein, zeigt aber, wie wenig man dort die Sachlage zu beurtheilen versteht. Denn daß der halbgebildete Arzt alle Funktionen des ganzgebildeten übernimmt, ist selbstverständlich; daß aber dabei auch eine Menge Feinheiten unterlaufen, ist ebenso selbstverständlich. Von sozialdemokratischer Seite nahm der Abg. Geyer zum ersten Male in der Kammer das Wort und führte aus, daß es nur ein Radikalmittel gebe, das sei die Verstaatlichung der Ärzte. Die Ärzte seien nicht besser und nicht schlechter als andere Menschen; wenn sie für ihre materielle Sicherstellung eintreten, thäten sie, was alle anderen Klassen auch thun. Es sei also notwendig, ihnen von Staatswegen, weil ihre Stellung im öffentlichen Interesse liege, diese zu garantieren. Die weitere Debatte wurde durch Annahme eines Schlusssatzes abgebrochen und der Antrag Starke einer Kommission überwiesen.

c. Halberstadt, den 1. Dezember. Die Abweisung des Fiskus mit seiner Klage gegen den Reichstagsabgeordneten Heine wegen Herausgabe empfangener Partei-Diäten wurde vom Gericht folgendermaßen begründet: Die Altiilegitimation der preussischen Regierung zur Erhebung der Klage erscheine begründet, denn jeder Einzelstaat müsse für den Fall, daß gegen eine reichsgesetzliche Bestimmung in seinem Gebiete gefehlt sei, zur Klageerhebung befugt erachtet werden und ihm die Berechtigung zugestanden werden, im Wege der Klage feststellen zu lassen, ob der Beklagte befugt gewesen, derartige Diäten anzunehmen. Der Beklagte würde zur Zahlung verpflichtet sein, wenn die Zahlung zu einem unerlaubten Zweck geschähe sei. Ein solcher unerlaubter Zweck liege aber nicht vor, denn der Artikel 32 der Reichsverfassung enthalte kein Verbot der Annahme von Diäten aus Privatmitteln. Hierauf deute schon das Wort „beziehen“, welches offenbar andeuten solle, daß die Abgeordneten keine Gelder aus öffentlichen Kassen oder Mitteln erhalten sollen. Auch „Besoldung“ und der fernere Ausdruck „Entschädigung“ deute in der unmittelbaren Aufeinanderfolge darauf hin, daß nur solche Zahlungen gemeint seien. Im Uebrigen ergebe sich aber auch aus dem Ursprunge und dem Zustandekommen des Artikels 32 der Reichsverfassung, daß es gar nicht in der Absicht der Regierung gelegen habe, den Bezug von Diäten aus Privatmitteln zu verbieten. Denn wenn der Abgeordnete v. Bennigsen in der betreffenden Sitzung des konstituierenden Reichstages die Annahme solcher Gelder als mit den Bestimmungen des Artikels 32 wohl vereinbar bezeichnet habe, sei es auch Pflicht der Regierung gewesen, diese Annahme ausdrücklich zu reprobieren, wenn sie eine solche Annahme für unerlaubt gehalten hätte. Derartige gebe aber aus der Erklärung des Grafen von Bismarck nicht hervor.

Den Fiskus vertrat der Justizrath Kortum, die Vertheidigung Heine's hatte Herr Rechtsanwalt Ruhnke übernommen.

München, 1. Dezember. Der Antrag des Abg. Koppe, welcher die Kündigung des Auslieferungsvertrages mit Rußland bezweckt, lautet: „Die Kammer wolle beschließen, an den

General keines natürlichen Todes gestorben war, und der Arzt mit gerichtlicher Untersuchung gedroht hatte.

Aber dieser Grund verfiel wieder in Nichts, wenn man bedachte, daß der Tod des Generals Niemandem einen materiellen Nutzen bringen konnte, daß derselbe sogar die Existenz Rabe's gefährdete.

Es war freilich möglich, daß der General gedroht hatte, den leichtsinnigen Schwager nicht länger zu unterstützen, daß er sogar ihn aufgefordert hatte, sein Haus zu verlassen, aber in diesem Falle würde der Mörder die Ausführung seines Verbrechens so lange hinausgeschoben haben, bis er mit Sicherheit wußte, ob das Kind seiner Schwester lebensfähig war. Also weshalb sollte Rabe den Arzt ermordet haben?

Siegfried fand auf diese Frage keine befriedigende Antwort, und doch tauchte sie immer wieder auf.

Der Verhaftete leugnete noch immer, es wolle dem Untersuchungsrichter nicht gelingen, ihm eine Aeußerung zu entlocken, die auf eine andere Spur führen konnte, das räthselhafte Geheimniß blieb so dunkel wie es war.

Und nun war durch den Selbstmord Georgs ein neues Geheimniß hinzugekommen!

Wachte auch die Generalin die Untersuchung nicht wünschen, Siegfried mußte mit diesem Ereigniß sich beschäftigen, und der Vorsatz, Alles aufzubieten, um die Wahrheit zu ermitteln, befestigte sich mehr und mehr in ihm.

Arabella hatte schon vor dem Tode Georgs ihren Beistand ihm zugesagt, er durfte nach diesem Vorfall mit Zuversicht darauf rechnen, daß sie ihrem Versprechen treu bleiben werde.

Ob sie von der Verlobung ihres Onkels mit Ella v. Loffow bereits Kenntniß hatte?

Wie mochte sie darüber urtheilen? Freilich, er war der Bruder der Mutter und trotz ihrer Abneigung gegen ihn durfte sie ihm doch nichts Schlimmes wünschen.

Und nun sollte er gar in den Adelsstand erhoben werden!

Bei der Erinnerung an diese Mittheilung des Justizraths mußte Siegfried abermals lachen, aber die Sache

König die Bitte zu richten, allerhöchstselbstselbe wolle anzuordnen geruhen, daß die bald mögliche Umgestaltung des zwischen Bayern und Rußland vereinbarten Auslieferungsvertrages vom 1. Oktober 1885 entsprechend den über Auslieferung flüchtiger Verbrecher seither geltenden, insbesondere auch im bayrisch-russischen Verträge vom 23. Februar 1869 beachteten Grundsätzen und mit Berücksichtigung der anarchistischen Verbrechen herbeigeführt werde.“

— Vom Könige von Bayern war bestimmt worden, daß eine Deputation des 16. bayerischen Infanterie-Regiments, dessen Chef König Alfonso von Spanien war, zur Zeichenfeier des letzteren nach Madrid sich begeben solle. Wie indes auf Passau gemeldet wird, ist die Deputation von dort nicht abgereist, weil der deutsche Gesandte in Madrid, Graf Solms, erklärt haben soll, das Erscheinen von militärischen Deputationen sei gegenwärtig inopportun.

Rußland.

Wie der „Thorner D. B.“ aus Alexandrowo mitgetheilt wird, sind dort am vergangenen Sonnabend bei dem angesehenen Grafen J., der auf der Rückreise nach Warschau begriffen war, verbotene Drucksachen vorgefunden. Die Drucksachen sind mit Beschlag belegt, den Grafen wollte man festhalten, doch wurde ihm auf seine Bitte gestattet, seine Gemahlin begleiten zu dürfen.

Frankreich.

Die Akten von Mariotti, des bekannten Attentäters gegen Herrn von Frencinet, sind mit dem Bericht der Gerichtsarzte wieder an den Untersuchungsrichter zurückgelangt und dieser hat daraufhin die Untersuchung eingestellt. Mariotti ist, als vom Verfolgungswahnsinn befallen, von den Ärzten für unzurechnungsfähig erklärt worden. Mariotti erhält jedoch die Freiheit nicht wieder, sondern wird als gemeingefährlicher Wahnsinniger zunächst nach der Irrenanstalt Ste. Anne zur Behandlung gebracht, um dann später in seine Heimath, nach Neffa in Korsika, geschafft zu werden.

— Paris, 1. Dezember. Der Ministerrath beschloß in einer heute Vormittag abgehaltenen Sitzung, sich der Instruktion des Reichstages über weitere Erhöhung der Höhe aus ausländischen Getreide nicht zu widersetzen und das Stadium dieser Frage auszusagen. — Die Regierung wird in nächster Zeit in der Lage sein, der Kammer den Anschlag und die Pläne für die im Jahre 1889 beabsichtigte Ausheilung vorzulegen. — Die Linke und das linke Centrum des Senats sprachen sich gegen jedwede Räumung Tongking aus.

Dänemark.

Der Streik der Kopenhagener Maschinenbauarbeiter ist beendet, die Arbeiter haben die Arbeit unter der Bedingung aufgenommen, daß sie Mitglieder der Fachvereinigungen bleiben, jedoch ist es ihnen nicht gelungen, den erlangten Minimallohn durchzusetzen. — Die Sozialdemokraten haben den reaktionären Gewalten nicht den Gefallen erwiesen, einen Putz zu veranstalten, worauf gewisse Elemente mit wüthender Wollust gewartet haben. Die intelligenten Arbeiter durchschauen jene Herren sehr gut und werden sich von denselben nicht von dem richtigen Wege abdrängen lassen. Um etwas für die Arbeitslosen zu thun, hat der Marineminister bestimmt, daß die volle Arbeiterzahl auf den Werften und in den Werkstätten im Winterhalbjahr beibehalten werde, und daß zur Ausführung der projektierten Werke neue Arbeiter eingestellt werden sollen.

Großbritannien.

Unter den bis gestern bekannt gewordenen neugewählten Mitgliedern des Unterhauses befinden sich 176 Liberaler, 108 Konservativer, 29 Unionisten und 2 Unabhängige. Waren die Liberalen eine einheitsliche Partei, so hätten sie mithin bis jetzt eine Mehrheit von 18 Stimmen. Die Sache verhält sich indessen doch thatsächlich anders, denn unter den 176 befinden sich sicherlich mehr als 18 sog. gemäßigter. Whigs (Liberaler), die bei den meisten Abstimmungen mit den Konservativen und nicht mit dem Stamm der liberalen Partei gehen werden. Die Zahlenverhältnisse dürften sich übrigens noch wesentlich verändern. Am Dienstag wurde an 71 Stellen, Mittwoch an 60, Donnerstag an 34, Freitag an 61 und Sonnabend an 18 Stellen gewählt. Am darauffolgenden Montag, den 7. Dezember, folgen 12, am Dienstag 18 und am Mittwoch 1 Wahlbezirke; dann am 14. und 15. Dezember die Orléans- und Sotland-Inseln und vom 15. bis 18. Dezember die Hebriden von Edinburgh und St. Andrews. Somit kann das Gesamtresultat sich noch wesentlich ändern. Als sehr unwahrscheinlich wird sich bald nach Zusammentritt des Parlamentes eine Neubildung der Parteien herausstellen. Die tabellarisch angeordneten Liberalen können sicher nicht mehr, wie bei den Wahlen diesmal noch geschähe, mit den gemäßigten Liberalen unter derselben Flagge segeln; hat doch ihr Führer Chamberlain schon wiederholt erklärt, sie seien jetzt stark genug, als selbstständige Partei aufzutreten. — Auf alle Fälle taucht bereits am parlamentarischen Horizont das Bild der Herrschaft Barnell's im Unterhause auf. Die „Times“ besprechen die Wahlergebnisse in einem längeren Artikel und kommen dabei

ärgerte und verstimmt ihn doch, und in dieser verbitterten Gemüthsstimmung trat er in seine Wohnung.

Sein Schlafzimmer lag neben dem der Obersten, die beiden Stuben waren durch eine Thüre mit einander verbunden.

Siegfried hatte kaum seine Kerze angezündet, als die Thüre geöffnet wurde und der Oberst, noch völlig angekleidet, eintrat.

„Ich habe auf Dich gewartet,“ sagte er in seiner ruhigen Weise, während er einen Brief auf den Tisch legte. „Nicht dieses Briefes wegen, der wahrscheinlich nichts Wichtiges enthalten wird, sondern um mit Dir zu plaudern.“

Siegfried hatte den Brief bereits aufgebrochen.

„Erlaubst Du, daß ich ihn öffne?“ fragte er.

„Gewiß, das Amt geht ja vor.“

Der junge Mann entfaltete rasch das Schreiben; während sein Blick über die Zeilen schweifte, zeigte sich eine leichte Falte zwischen seinen Brauen.

„Das Gepäd des Amerikaners — so, so,“ sagte er halbblau, „ich werde mich morgen doch erkundigen, wer sich so sehr für dasselbe interessiert hat.“

„Bezieht diese Sache sich auf den Mörder des Doktors Wieland?“ fragte der Oberst.

Zunächst. Das Gepäd des Verhafteten blieb im Post zurück, ich dachte seitdem nicht mehr daran. Jetzt hat ein Fremder es reklamirt und sich sogar erboten, die Schlüssel zum Koffer morgen oder übermorgen vorzulegen.“

„Und weißt Du, wer dieser Fremde ist?“

„Der Hotelbesitzer, der selbst diesen Brief geschrieben hat, will ihn nicht gelannt haben.“

„Rabe!“

Betroffen blickte Siegfried den Vater an, der sich in einem Sessel niedergelassen hatte.

„Weißt Du das sicher?“ erwiderte er.

„Ich vermute es nur, aber ich möchte jede Menge gutes Gewissen, und über jenes räthselhafte Verbrechen ist er genauer unterrichtet, als wir ahnen.“

Siegfried schüttelte zweifelnd den Kopf.

„Ich habe mir oft dasselbe gesagt,“ erwiderte er, „aber

zu der S nicht die mehr ent walen ode etwaige l luge zuge wässung

Christi sind denn wohnen. selber.

wird de vorbereite werden.

w. 9 das Rag lunde un lliche un hat die 2. Juni em Dien luss ei der Stat w. 2 wiesberri dem e 8 lejt a wladimir kungenbr den Lou theilt wo reis. stro Paulom

Verw An meung, werbliche Roanche 25. Mai worden i schen St genen un Fundam untern v dlanlofen streche nach Ang nstige, d der Arbe frage lie arbeiten, seit werd Konturre Da die i leit und sch jeder wächstich möglich tung ihr un Orléans Stellenman ligen den St. Geo Die der Zag Die Abi mife denn des Herr

ich finde für die den gefe gelegent schen ein alle Wein l schenlid Sage spüren, Dir ber nur die Rückficht „A handelt Berecht Grast. mich v dieser in läßt fi um die sich au nicht g dem P heit an Abend wrauen aber z durch Genero Verdrin desche und de

zu der Schlussfolgerung, das Wahlergebnis werde Salisburg nicht die Pflicht des Rücktritts auferlegen; er werde sich vielmehr entschließen müssen, entweder mit den gemäßigten Liberalen oder den Barmhertigen zu kooperieren; sollte ihm durch eine etwaige Koalition der Liberalen und Barmhertigen eine Niederlage zugefügt werden, so dürfte er nicht resignieren, sondern zur Auflösung schreiten.

Schweden und Norwegen.

Christiana, 23. November. Die Wahlen zum Storting sind beendet. Die Linke hat 82, die Rechte nur 32 Siege gewonnen. Die Rechte ist also um einen Mann stärker als früher.

Parlamentarisches.

Es darf als zweifellos gelten, daß der Reichstag dem Antrage auf Einführung der Verurteilung im Strafprozeß zustimmen wird, und zwar ist dem Antrage eine ziemlich große Mehrheit gesichert. Inzwischen wird dieser Beschluß nicht zu greifbaren Ergebnissen führen, denn im Bundesrathe hat derselbe kaum Aussicht auf Annahme, obgleich eine Anzahl Regierungen, namentlich aus Süddeutschland, sehr geneigt sind, darauf einzugehen. Preußen ist bekanntlich dagegen.

Ein Antrag auf Einführung der Diäten wird von der sozialdemokratischen Fraktion vorbereitet und soll noch in dieser Woche eingebracht werden.

Kommunales.

w. Neues Hospital. Zur Vorberatung des Antrages des Magistrats wegen Erbauung eines Hospitals für 500 Gekranke und 250 flechte Männer auf dem zwischen der Breslauer Allee und der Straße 25a belegenen städtischen Grundstück hat die Stadtverordneten-Versammlung durch Beschluß vom 18. Juni cr. einen Ausschuß niedergesetzt. Derselbe hat nun am Dienstag unter Vorsitz des Stadtverordneten Dr. Vangerow einstimmig beschlossen, der Versammlung die Annahme des Magistratsantrages zu empfehlen. Zum Berichterstatter ist der Stadtverordnete Has ernannt worden.

w. Der Haupt hinderungsgrund gegen den Bau der vielbesprochenen Pferdebahn Selundbrunnen-Noabit, welcher in dem auszuführenden Umbau der Fennstraßen-Brücke lag, ist jetzt gehoben, da dem Magistrat nunmehr vom kgl. Polizeipräsidenten die polizeiliche Genehmigung zum Umbau der Fennstraßenbrücke, sowie zum Neubau einer Fußgänger-Brücke über den Kautschukkanal im Zuge der Reichsstraße erteilt worden ist, nachdem bereits vorher die strompolizeiliche resp. stromstatistische Genehmigung seitens der kgl. Ministerial-Baukommission ausgesprochen worden war.

Vereine und Versammlungen.

An die Stellmacher Deutschlands. Kollegen! Die Bewegung, welche seit geraumer Zeit auf allen Gebieten des gewerblichen Lebens sich bemerkbar macht, hat sich auch in unserer Branche Geltung verschafft, indem der Beschluß des am 24. und 25. Mai zu Magdeburg stattgehabten Kongresses verwirklicht worden ist. Am 5. Oktober cr. ist die „Vereinigung der deutschen Stellmacher“ ins Leben getreten, mit der Aufgabe, die sozialen und materiellen Interessen seiner Mitglieder zu fördern und zu wahren. Kollegen! Jetzt ist es an Euch, dieses Fundament zu einem festen zu machen. Vor Allem ist es unsere Pflicht, die arbeitslosen Kollegen, welche in Folge der unvollständigen Produktionsweise, ohne ihr Verschulden, auf die Landstraße geworfen sind, zu unterstützen. Da sich der Lohn stets nach Angebot und Nachfrage regelt, ist es vor allen Dingen wichtig, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern durch Regelung der Arbeitszeit. Die Kollegen, welche arbeitslos auf der Landstraße liegen, sind leider oft gezwungen, um jeden Preis zu arbeiten, weil sie leben müssen, und von Wind und Luft nicht last werden. Der dadurch entstehenden geraden unnatürlichen Konkurrenz ein Halt zu gebieten, ist eines jeden Kollegen Pflicht. Da die Mitglieder unseres Gewerks aber nur in der Gesamtheit und durch die Gesamtheit befristet werden können, muß sich jeder Kollege verpflichtet halten, sich der Zentralisation anzuschließen. Das Gedeihen unserer Korporation wird allein ermöglicht durch festes Zusammenhalten aller Kollegen zur Wahrung ihrer moralischen und materiellen Interessen. Darum auf zur Organisation, denn Einigkeit macht stark. Mit kollegialstem Grusse: Der Vorstand der „Vereinigung der deutschen Stellmacher.“ Wegen Auskunft wende man sich an den Vorstehenden Fr. Bogel, Hofstraße Nr. 41, 3. Etage, Hamburg-St. Georg.

Die Rarmorarbeiter Berlins hielten am 29. d. Mts., Alte Jakobstraße 48a, eine öffentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Arbeitseinstellung bei Vanelli u. Co.“ Die Arbeiter genannter Fabrik brachten die dortigen Verhältnisse den Anwesenden zur Kenntnis und wiesen die Zumutung des Herrn Vanelli zurück, daß die Arbeiter für einen Lohn

arbeiten sollten, der mit den hiesigen Verhältnissen nicht im Einklange steht. Es handelte sich um eine Arbeit, für welche genannter Herr nur 3 Mark zahlen wollte, während die Arbeiter mit Recht 4 M. 50 Pf. resp. 5 M. verlangen, denn bei dem gebotenen Preise würde ein geschickter Arbeiter nur 2 M. pro Tag verdienen. Nach längerer Debatte wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen, daß die Streikenden unter den von Herrn Vanelli gestellten Bedingungen die Arbeit nicht aufnehmen und der Zugang von der Fabrik streng fern zu halten sei. Außerdem wurde beschlossen, jedem Streikenden eine wöchentliche Unterstützung von 15 Mark zu zahlen. Einem Kollegen, welcher schon längere Zeit arbeitslos ist, wurde eine einmalige Unterstützung von 20 Mark bewilligt. Da die Streikenden Fachvereinsmitglieder sind, wird der Fachverein die Lohnregelung in die Hand nehmen. Um die Vereinskasse nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, wird jeder hier arbeitende Kollege pro Woche 50 Pf. extra zahlen.

Hr. Mit polizeilicher Auflösung endete die öffentliche Arbeiterinnerversammlung, welche am Dienstag im Salon „Zum deutschen Kaiser“, Voßringstr. 37, unter dem Vorsitz der Frau Bötting stattfand. Der Umstand, daß der Saal und die Nebenräume überfüllt waren, und die Herren, die wohl ein Drittel der Versammlung ausmachten, zum größten Theile dicht gedrängt stehen mußten, dürfte viel dazu beigetragen haben, daß die nöthige Ruhe während des Vortrages, welchen Herr Dr. Stahl über das Thema: „Die Geschichte des Menschen“ hielt, zu wiederholten Malen durch minutenlange Störungen unterbrochen wurde. Manche von den störenden Zwischenrufen dürften von solchen Herren ausgegangen sein, die auf ihren Plätzen den mitunter sehr leise sprechenden Vortragenden nicht haben verstehen können; aber einige junge Herren hatten offenbar mehr Interesse daran, Ur zu treiben, als daran, den streng wissenschaftlichen Vortrag zu hören und zu verstehen. Die Vortragende mußte die volle ihr zu Gebote stehende Energie aufbieten, um die nöthige Ruhe immer wieder herzustellen. Der Vortragende begann mit dem Hinweise auf das Verdict, welches Darwin sich mit seiner „Abstammungslehre“ auf dem Gebiete der Naturwissenschaften erworben. Nachdem er dann die Vorstellungen von der Schöpfung der Welt und des Menschen, wie sie bei den Indiern und bei den Persern gebräuchlich sind und noch herrschen, dargelegt und nachgewiesen, daß diese Vorstellungen, insbesondere die Vorstellung, daß die Welt aus Nichts geschaffen sei, vor der auf Erfahrung und Vernunft beruhenden Wissenschaft nicht bestehen können, unterzog er „die bei Juden, Muhamedanern und Christen bis heute herrschend gebliebene Lehre, daß Gott den ersten Menschen aus Thon und das erste Weib aus Kall (aus einer Kippe) gemacht habe,“ einer gründlichen Kritik. Der feierliche Ernst, mit welchem er betonte, daß im menschlichen Organismus Thon gar nicht enthalten sei, und daß aus Kall allein einen menschlichen Organismus herzustellen unmöglich sei, und der Umstand, daß er die Abbildung eines vollständigen menschlichen Gerippes bei den Versammelten in Zirkulation setzte, damit „sie sehen möchten, wie ein nur aus Kall bestehender Mensch aussehe und wie ein solcher Mensch unmöglich leisten könne, was ein wirklicher Mensch leisten soll,“ konnten selbstverständlich nicht verfehlen, große Heiterkeit hervorzurufen. Der Vortragende legte dann in Kürze dar, wie man auf dem Standpunkte der modernen Wissenschaft nach Darwin die Entstehung der Erde und die allmähliche Entwicklung der Lebewesen zu immer höherer Vollkommenheit, zuerst der Pflanzen, dann der Thiere und zuletzt der Menschen sich vorzustellen habe. Die Besprechung der fünf Menschensaffen führte ihn dazu, Deutschland als den Theil der Erdoberfläche zu preisen, der geeignet sei, das Gehirn und damit das wahre Menschenwesen zur höchsten Entwicklung zu bringen. In Betreff der Zukunft der Erde pflichtete er der Annahme bei, daß die Erde sich mehr und mehr der Sonne wieder nähere und daß in Folge der dadurch bedingten Zunahme der Wärme zuletzt alles Wasser auf der Erde verdunstet und damit alles Leben aufhören werde. Der Wunsch, mit dem er schloß, daß die Anwesenden sich des Lebens noch lange freuen und dasselbe mit Vernunft, Weisheit und Mäßigkeit genießen möchten, wurde von den anwesenden Freunden des Ur als Anlaß dazu benutzt, einen fortwährenden Beifallslärm zu inszenieren. Herr Kunkel nahm das Wort, um seinem Unwillen darüber Ausdruck zu geben, daß immer noch in die öffentlichen Versammlungen der Arbeiterinnen solche Herren kommen, die nur Unfug treiben und das ernste Streben der Arbeiterinnen in der Öffentlichkeit lächerlich machen wollen. In Bezug auf die Ansicht, welche der Referent ausgesprochen hatte, daß die Deutschen vorzugsweise Grund hätten, ihr Heimathland werth zu schätzen, wies er darauf hin, daß Referent erst dann Recht haben werde, wenn es den Arbeitern und den Arbeiterinnen gelungen sein werde, sich aus dem Elende, in welchem sie zur Zeit noch leben, zu einer besseren sozialen Existenz emporzuarbeiten. Herr Kerlin sprach seine Zustimmung zu den Lehren Darwin's aus. Als er dann weiter von einem „bekanntem alten Buche“ sprach, in welchem haarsträubende, die Sittlichkeit gefährdende Geschichten enthalten seien und welches trotzdem den Schülern in die Hände gegeben werde, und darauf hinwies, daß der

vernünftige Glaube an Auferstehung, der in der Einsicht bestehe, daß der Stoff unvergänglich sei und immer wieder neue Lebensformen annehme, schon bei den Indianern, aber noch nicht bei den Christen zu finden sei, erklärte der überwachende Polizeibeamte auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes die Versammlung für aufgelöst.

Ferdiesar (Provinz Brandenburg), den 30. November. Seit fünf Jahren hatten wir gestern hier die erste öffentliche Versammlung, in welcher Herr Ferdinand Ewald aus Brandenburg einen Vortrag über „Unsere wirtschaftliche und politische Lage“ hielt. Was der Versammlung einen besonderen Reiz verlieh, war, daß sich zu derselben außer dem überwachenden Ortsvorsteher und Gendarmen auch noch der Amtsvorsteher, Prediger, Küster, sämtliche Bauern sowie Hiegeleibesitzer, deren es hier sehr viele giebt, eingefunden hatten. Man sah auf den ersten Blick, daß hier etwas Großes geplant wurde, und so war es auch, es galt die Vernichtung der Arbeiterpartei am hiesigen Orte; man wollte der Agitation Ewald's im hiesigen Kreise ein Ziel setzen, man hielt es für unerhört, daß die Brandenburger ihre Agitation auf die Dörfer des Kreises erstreckten, seitdem man Ewald in Brandenburg nicht mehr sprechen läßt. Die Gegner merkten endlich, daß es bei der nächsten Reichstagswahl doch schief gehen könnte und daß dadurch, weil sie Ewald in Brandenburg nicht sprechen lassen, nur für uns agitiert wird. Ewald besprach in der Versammlung die wirtschaftliche Lage im Allgemeinen und ging dann auf unsere örtlichen Verhältnisse ein, erläuterte, daß hier — wie er aus ihm übergebenen Lohnlisten ersehen habe — die Arbeiter nicht mehr als 9—10 M. wöchentlich verdienen, wofür ihm aus der Versammlung zugestimmt wurde; sehr oft auch nur 5—8 M. Ferner besprach Redner die auf unsere ländlichen Verhältnisse passenden Punkte des Arbeiterbuchs. Er ging dann zur Besprechung der politischen Lage über und führte aus, daß unsere Gegner nur vor den Wahlen arbeiterfreundlich seien. Er kritisierte das Verhalten derselben im Reichstage allen arbeiterfreundlichen Anträgen gegenüber, wobei er den Konservativen und Deutsch-freisinnigen Haat zu Weibe ging, und schloß seinen Vortrag mit der Aufforderung, bei der nächsten Reichstagswahl nur dem von der Arbeiterpartei aufgestellten Kandidaten die Stimme zu geben. Reicher Beifall belohnte seine Ausführungen. Als erster Redner meldete sich der Herr Prediger Diez gegen Ewald. Er führte aus, daß es auch vorgekommen sei, daß ein Arbeiter 24 M. verdient habe; ferner erklärte er sich mit der Forderung der Sonntagstruhe einverstanden, wenn auch aus anderen, als vom Referenten angeführten Gründen. Auch mit der Einführung des Maximalarbeitstages sei er einverstanden, nur müsse es dem Arbeiter gestattet sein, auf seinen Wunsch länger zu arbeiten. Ferner hob er hervor, wie segensreich für den Arbeiter die deutsch-konservative Partei im Reichstage, sowie auch der Hofprediger Stöcker in Berlin gewirkt hätten. Vom Referenten wurde Herr Prediger Diez nachgewiesen, daß er in Betreff des ersten Punktes nicht genau informiert sei, es sei vorgekommen, daß ein Arbeiter 24 M. verdient habe; derselbe habe aber von Morgens 5 bis Abends 9 Uhr gearbeitet und sei von seiner Frau und seinen zwei Söhnen bei der Arbeit geholfen worden, so daß also vier Personen zusammen nur 24 M. verdient hätten, was durch den Arbeiter selbst bewiesen werden kann, da derselbe anwesend sei. Daß Herr Diez als Deutsch-konservativer sich vollständig auf einen menschlichen Standpunkt stelle, sei klar, wenn er sagt, er sei mit der Einführung des Maximalarbeitstages einverstanden, es müsse jedoch dem Einzelnen auf seinen Wunsch gestattet sein, länger zu arbeiten, dann brauche kein hierauf bezüglicher Gesetz geschaffen werden, dann sei nach wie vor der Ausbeutung des wirtschaftlich Stärkeren Thier und Thore geöffnet. Ewald bemerke ferner, daß Herr Diez mit seinen Ausführungen seiner Partei keinen Gefallen erwiesen habe. Ueber die segensreiche Wirksamkeit der Konservativen wurde dem Herrn Prediger vom Referenten in längerer Ausführungen klar gemacht, was die Arbeiter von dieser Wirksamkeit betrefend der Ackermann'schen Anträge (Annungen, Arbeitsbücher u. s. w.) halten. Herr Hofprediger Stöcker betreffend, führte Referent aus, daß es um das Christenthum besser bestellt wäre, wenn die Geistlichen nicht verhasst wären, was ihres Amtes ist, nämlich die Nächstenliebe zu predigen, anstatt Haß und Zwietracht zu säen. Diese Ausführungen wurden mit donnerndem Beifall begrüßt, so daß den übrigen lausruhigen Herren der Rath vergangen war, sich noch weiter mit dem Referenten zu messen. Sie mochten wohl einsehen, daß es mit der Vernichtung der Arbeiterpartei wieder einmal nichts war, und sie mehr für, als gegen und gewirkt hätten. An der Diskussion betheiligte sich noch der Zigarrenmacher H. Neudeck, welcher den Gegnern begrifflich machte, was sie für den Arbeiter bisher gethan haben. Nach einem kurzen Schlusswort und Annahme einer Resolution zu Gunsten der Ausführungen des Referenten, welche mit allen gegen 7 Stimmen angenommen wurde, schloß der Vorsitzende die von 150 bis 200 Personen besuchte Versammlung, in welcher die Arbeiterpartei einen Erfolg errungen hat, wie er nicht schöner sein kann.

ich finde keine Gründe, die nur in etwas ein Fundament für diese Vermuthung bieten könnten.“ „Gründe?“ sagte der Oberst achselzuckend. „Sie würden gefunden werden, wenn man sich ernstlich mit der Angelegenheit beschäftigen wollte. Das hätte damals schon geschehen müssen, aber der derzeitige Untersuchungsrichter war ein alter Herr, der die Bequemlichkeit und ein gutes Glas Wein liebte. Und der Bruder der Generalin wird wahrscheinlich diese Schwäche gekannt und benutzt haben. Meine Sache ist es nicht, dem Thäter eines Verbrechens nachzuspüren, und ich fürchte, daß die Rücksicht auf die Damen Dir bereits die Hände gebunden hat.“ „Diese Besorgnis ist unbegründet, Papa! Wenn ich nur die geringste Spur fände, ich würde sie verfolgen, ohne Rücksicht auf die Person des Verbrechens.“ „Das wäre allerdings Deine Pflicht, aber —“ „Wo es sich um die Erfüllung meiner Amtspflicht handelt, da werde ich niemals einem Wenn oder Aber eine Berechtigung zugestehen,“ sagte Siegfried mit gemessenem Ernst. „Und ich glaube, die Generalin wäre die Letzte, die mich von der Erfüllung meiner Pflicht zurückhalten oder mir einen Vorwurf daraus machen würde, sie denkt in dieser Beziehung wie Du, Papa, und ihr Gerechtigkeitsinstinkt läßt sich nicht bestechen.“ „Wenn es sich um das Geschick des eigenen Bruders, um die Ehre des eigenen Namens handelt —“ „Auch diese Rücksicht würde keinen bestimmenden Einfluß auf sie üben. Ich kann eben an die Schuld Rabe's nicht glauben, so lange jeder Beweis fehlt.“ „Wenn Du warten willst, bis die Beweise Dir auf dem Präsentirteller angeboten werden, wird wohl die Wahrheit an den Tag kommen. Weißt Du, was man heute Abend mir im Klub erzählte? Das Testament meines Bruders sei gleich nach dem Tode des Generals gefunden, aber zurückgehalten und unterschlagen worden. Nun solle durch dasselbe eine Versöhnung zwischen mir und der Generalin angebahnt werden, die Generalin wünsche die Verbindung ihrer Tochter mit Dir, die Abtretung des Grundbesitzes sollte mir eine günstige Meinung über sie einflößen und dergleichen mehr.“

„Und wer hat Dir das gesagt?“ fragte Siegfried überrascht. „Herr von Woltersdorff.“ „Hast Du über das Testament gesprochen?“ „Keine Silbe.“ „Ich ebenfalls nicht. Woher also kann Herr von Woltersdorff Kenntnis davon erhalten haben?“ „Das weiß ich nicht,“ sagte der Oberst. „Du hast ihn auch nicht darum befragt?“ „Ich dachte nicht daran.“ „Die Generalin wird keinesfalls einem Andern Mittheilung gemacht haben,“ erwiderte Siegfried sinnend; „nach dem Besuche bei Dir befahl sie dem Rutscher, heimzufahren. Aber ihr Bruder war heute Nachmittag in der Stadt, ich begegnete ihm gleich nach Tisch, und ich irre wohl nicht, wenn ich vermute, daß er dieses Gerücht verbreitet hat.“ „Ein Gerücht, welches auf die Ehre seiner Schwester einen Makel wirft?“ fragte der Oberst zweifelnd. „Ich kann das nicht wohl glauben.“ „Und was liegt diesem Manne an der Ehre seiner Schwester, wenn seine eigene Existenz in Frage kommt? Er will durch dieses Gerücht Dich nur noch mehr gegen die Generalin erbittern, will jede Versöhnung unmöglich machen, und es sollte mich nicht wundern, wenn er dabei selbst auf das Erbe spekulirte. Beharrst Du bei Deiner Verjährlust, so fällt Dein Antheil an der Hinterlassenschaft des Generals gesetzlich dem Thäter zu. Die Generalin wird ebenfalls verzichtet, und thut sie das zu Gunsten ihres Bruders, so kann Niemand dagegen etwas einwenden.“ Der Oberst stampfte zornig mit dem Fuß auf den Boden, jäh blitzte der Haß, den er gegen Rabe hegte, in seinen Augen auf. „Wenn das geschähe, ich wüßte nicht, was ich thäte!“ sagte er. „Du könntest nichts weiter thun, als die Thatsache anerkennen!“ „Unser altes Familiengut im Besitz dieses Vurschen? Schon der Gedanke an die Möglichkeit dieser Thatsache ist mir unerträglich.“

Siegfried schwieg, sein Blick ruhte erwartungsvoll auf dem alten Herrn, der jetzt mit großen Schritten auf und nieder wanderte, um seiner Erregung Herr zu werden. „Ich glaube jetzt auch, daß Rabe das Gerücht erfunden,“ nahm der Oberst nach einer langen Pause wieder das Wort, „der Zweck liegt ja wirklich offen zu Tage. Wäre das Testament gleich nach dem Tode meines Bruders gefunden worden, so würde die Generalin die Bestimmungen desselben sofort ausgeführt haben; diesem Glauben kann ich mich nicht verschließen, seitdem die Dame mir gegenüber gestanden hat. Ein Testament, welches man nicht anerkennen, nicht ausführen will, vernichtet man, es wäre zu thöricht, zu gefährlich, ein solches Dokument aufzubewahren.“ „Zur Unterschlagung und Vernichtung eines solchen Dokuments würde die Generalin von Stuckmann niemals ihre Zustimmung gegeben haben,“ schaltete Siegfried ein. „Das kann ich auch nicht glauben. Ist also das Testament schon früher aufgefunden worden, so hat Rabe selbst es gefunden. Ich besenne offen, daß die Generalin mir trotz ihrer bürgerlichen Herkunft volle Hochachtung eingeflößt hat,“ fuhr der Oberst fort, „und könnte sie sich entschließen, mit ihrem Bruder vollständig und für immer zu brechen, so würde ich vielleicht in die dargebotene Hand einschlagen.“ Freudig überrascht blickte Siegfried auf; war sein Vater wirklich geneigt, so rasch nachzugeben? „Ich werde den Besuch der Generalin morgen erwidern,“ nahm der alte Herr noch einmal das Wort, „die Pflicht der Höflichkeit gebietet mir das, man soll mir den Vorwurf nicht machen können, daß ich diese Pflicht verlehrt habe.“ „Und welche Antwort willst Du ihr bringen?“ „Kann ich ihr eine andere geben, als derjenige, die ich ihr bereits gegeben habe?“ „Beharrst Du bei dieser Entscheidung, so wird der Ritz nur noch breiter werden,“ sagte Siegfried in warnendem Tone. Der Oberst heftete den Blick fest auf das männlich schöne Antlitz seines Sohnes. (Fortsetzung folgt.)

Grosse Strickgarn- und Strumpfwaaaren-Fabrik

Oranienstr. 166
Parterre u. 1. Etage.

BERLIN SO.

Oranienstr. 166
Parterre u. 1. Etage.

Filialen:

1. Alexanderstraße 69
am Alexander-Platz.
2. Invalidenstraße 112,
Ecke Chausseestraße.
3. Oranienstraße 207,
vis-a-vis Manteuffelstraße.
4. Skaligerstraße 108.



Tücher in Bephyr, Castor, Plüsch, Chenille,
Mohair, Mooswolle
und Belour in allergrösster Auswahl.



Damen- und Kinderwesten
mit und ohne Kermel von 1 Mark an bis zu
den feinsten Qualitäten.



**Gehäkelte und gestrickte Kleidchen,
Jäckchen, Damen- u. Kinder-Unterröcke**
in allen modernen Farben.
Verlauf nach Gewicht.



Kinder-Tricot
in Wolle, Bigogne und Baumwolle
von 60 Pf. an.

**Camisols,
Seinkleider
und
Schweisssocken,**



**System Jäger,
zu
Original-
Preisen.**

Auf den Lagern befindlich sind ferner folgende besonders
empfehlenswerthe Fabrikate zu bekannt billigen Preisen:

Handschuhe

in Tricot, Buchskin, Strick- und Bephyrgarn.

Strümpfe und Socken

in Wolle, echter Bigogne und Baumwolle, Hand- und
mechanische Arbeit.

Pulswärmer, Fäustlinge etc.

**Gestreifte Arbeits- u. Bildhauer-
hemden,** eigenes Fabrikat.

Walk- und Strickjaden

für Herren und Knaben.

Teppiche und Läuferstoffe.

Tisch- und Wiegendecken.

Pferdedecken

in sehr großer Auswahl.

Damen- und Kinder-Kapotten.

Die Garnlager enthalten

Strickwollen

in allen Farben und folgenden Qualitäten:

- | | | | | |
|-------------------------------|--------|---|---------------|--------|
| 1) 1/4 Zollpfund zugewog. | 55 Pf. | — | 1/8 Pfd.-Dode | 45 Pf. |
| 2) 1/4 " " " | 60 " " | — | 1/8 " " | 50 " " |
| 3) 1/4 " " " | 65 " " | — | 1/8 " " | 45 " " |
| 4) 1/4 " " " | 75 " " | — | 1/8 " " | 60 " " |
| 5) 1/4 " " " | 80 " " | — | 1/8 " " | 50 " " |
| 6) 1/4 Bephyr- u. Castorwolle | 85 " " | — | 1/8 " " | 70 " " |

Extraprima 1/10 Zollpfund
zugewogen 40 " 1 Zollpfund 3,50,
3,75 und 4,00 Mark.

Castor-, Moos- und Bephyrwohle,

Lage 20 und 25 Pf., 1 Zollpfund 3,50 und 4 Mark.

Mohairgarn,

extraprima, 2 Lagen 55 und 60 Pf., 1 Zollpfund 4,40
und 4,80 Mark.



Ericot-Tailen

in hochelegantester Ausführung in jeder beliebigen
Farbe und Qualität.
Extra nach Mass angefertigte Tailen werden
nicht theurer berechnet.



Herren- und Damen-Gesundheitshemden
in Wolle, Bigogne und Baumwolle
von 80 Pf. an bis zu 6 Mark.



Unterbeinkleider für Herren u. Knaben
in allen Qualitäten in großer Auswahl.



Gestrickte Herren-Westen
in Wolle und Bigogne in allen Größen
von 3 Mark an.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung vom 2. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths von Boetticher, von Burhard, von Schelling, v. Stephan u. a. Zur ersten und eventuell zweiten Berathung steht zunächst der vom Abg. v. Köller eingebrachte Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Reichsbeamtengesetzes.

Abg. v. Köller giebt einen Ueberblick der Vorgeschichte des Antrages, welcher den Reichstag zuerst als Vorlage der Regierung 1882, sodann in Verbindung mit dem Militärpensionsgesetz auch 1883/84 beschäftigte. In jenen Verhandlungen erhielt das Reichsbeamtengesetz die in dem gegenwärtigen Antrage wieder aufgenommene Form, kam aber weder 1882, weil es vor der dritten Lesung von den Regierungen zurückgezogen wurde, noch 1883/84, weil es in Verbindung mit dem Militärpensionsgesetz berathen werden mußte, und an das weitere die Regelung der Kommunalsteuerpflicht der Offiziere dem Reichstag gestempelt worden war, zur Erledigung. In der letzten Session blieb die Frage unberührt. Die Wiedereröffnung derselben durch den vorliegenden Initiativantrag ist einem anerkannten Bedürfnis nachkommen. In Preußen die Angelegenheit seit einigen Jahren geregelt, zahlreiche Beamte sind durch Uebertritt aus dem preussischen in den Reichsdienst wegen geringerer Pensionansprüche erheblich benachtheiligt, und viele Reichsbeamte, welche gern den Ruhestand treten möchten, barren nur um die Mittel aus, weil sie bei der jetzigen Pension nicht auskommen können. Sie warten einfach die Regelung der Pension ab. Falsch wäre es, daraus zu schließen, daß wir die Regelung des Militärpensionsgesetzes für minder dringlich erachten. Das ist nicht der Fall. Gegen unseren ausdrücklichen Wunsch ist die Materie des Militärpensionsgesetzes von der linken Seite des Hauses gewissermaßen mit einem Drücker durchgeschoben worden, daß man die kommunale Steuerpflicht der Offiziere damit verband. Wir haben einer derartigen „so des-Politik“ stets widersprochen und werden auch fernerhin nur objektio prüfen, ob ein Gesetz nötig ist oder nicht, unabhängig davon, ob wir durch unsere zustimmenden Voten irgend eine Fügung zu einer anderen Vorlage seitens der Regierung erhalten oder nicht. Man hat uns vorwerfen wollen, unser Antrag sei bestellte Arbeit. Das ist höchst lächerlich; wir wissen nicht, wie sich die verbündeten Regierungen zu unserem Vorlage stellen werden, aber im Vertrauen darauf, daß Sie die Wichtigkeit des Gesetzes zugeben, im Vertrauen auf das Verantwortlichkeitsgefühl des Reichstages, daß er nach Annahme des Beamtenpensionsgesetzes auch dem Militärpensionsgesetz seine Zustimmung nicht versagen wird (aha! links), haben wir ihn eingebracht. Wir bitten um möglichst einstimmige Annahme.

Abg. Ricker: Ich hatte mich aufrichtig gefreut, als ich den Antrag las; auch ich war mit dem Entschluß nach Berlin gekommen, die Einbringung desselben bei meinen Freunden zu befürworten. Es konnte mir aber aus nabeliebenden Gründen nur erwünscht sein, daß die Initiative von der rechten Seite ausging. Wir nehmen dem Antrage gegenüber eine genau dieselbe Stellung ein, wie im Jahre 1883, als wir unsere Schuld das Gesetz, welches mit großer Majorität in zweiter Lesung angenommen worden war, vor der dritten Lesung zurückgezogen wurde. Ich bin überrascht, daß der Abg. v. Köller heute viel mehr über das Militärpensionsgesetz, welches nicht zur Diskussion steht, spricht, als über das Beamtenpensionsgesetz, und ich finde es eigentümlich, daß die Verantwortlichkeit für das Nichtzustandekommen desselben auf die große Majorität des Hauses wälzen will. Es ist aber doch allgemein bekannt, daß bis in Ihre (rechts) Reihen der Standpunkt der Majorität, welchen v. Köller bekennt, getheilt worden ist. (Zustimmung links.) Wir haben aber vorgekommen, dem vorliegenden Entwurf auch nicht die geringsten Hindernisse in den Weg zu legen. Die preussischen Beamten genießen Wohlthaten, welche den Reichsbeamten vorenthalten werden. Ich glaube, daß auch die verbündeten Regierungen zu der Erkenntnis kommen werden, daß sie auf dem Standpunkt von 1883 zurückgehen, und diese Frage nicht mit einer anderen belasten, welche mit dem nicht im Zusammenhange steht. Sollten wir vor die Frage des Militärpensionsgesetzes gestellt werden, so werden wir sie in demselben objektiven Sinne prüfen, wie früher. Heute sind die unangenehmsten Angriffe des Herrn v. Köller am wenigsten zu beklagen. Ich möchte Sie bitten, sich, ohne auf die Unangenehmheit mit Reklamationen zurückzugehen, darauf zu beschränken, den unveränderten Antrag v. Köller anzunehmen. Sie dürfen wohl die berechtigte Hoffnung hegen, daß die verbündeten Regierungen dem einstimmig ausgeprochenen Beschlusse des Reichstages nachkommen und damit im Interesse der Beamten und des Staates zugleich handeln. (Beifall links.)

Schwarz: Ich würde das Wort ergreifen haben, wenn ich nicht die Befürchtung hätte, daß aus unserem vollständigen Schweigen geschlossen werden könnte, daß die verbündeten Regierungen von ihrer früheren Ansicht über den Zusammenhang der Beamten- und Militärpensionsfrage zu einer anderen Auffassung übergegangen wären. Ich erinnere daran, daß im Jahre 1883 der Gesetzentwurf, der die Pensionen allein betraf, namens der verbündeten Regierungen vor der dritten Lesung zurückgezogen wurde, weil ein solcher Zusammenhang anerkannt wurde, und daß, als im Jahre 1884 ein kombiniertes Gesetz vorgelegt wurde, die Regierungen dabei von der gleichen Ueberzeugung geleitet wurden, daß ein solcher Zusammenhang bestehe. Es hat seitdem für die verbündeten Regierungen kein Anlaß vorgelegen, die Frage des Zusammenhanges dieser beiden Gegenstände von Neuem zu erörtern. Ich möchte nur hervorheben, daß äußere Merkmale dafür nicht vorliegen, daß die verbündeten Regierungen von ihrer früheren Auffassung inszwischen abgegangen wären.

Abg. v. Köller: Ich habe den Ausführungen des Abg. v. Köller zu Gunsten meines Antrags kaum etwas hinzuzufügen, und ich freue mich, daß, wie es scheint, die Ansprüche der Reichsbeamten als durchaus begründet befunden werden; aber nicht minder begründet sind die Ansprüche der aus dem Reichsdienst scheidenden Offiziere. Ich halte es für dringend nötig, daß diese jetzt schon 3 Jahre schwebende Frage einer Entscheidung entgegengeführt werde, und ich habe mich veranlaßt gesehen, den Antrag auf Erlass eines Militärpensionsgesetzes einzubringen, welcher den Herren unverzüglich vorgelegt werden wird. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bernuth: Ich hoffe trotz der Erklärung des Schwarz-Sekretärs, daß wenn der Gesetzentwurf mit großer Majorität angenommen wird, der Bundesrath ihn doch in seiner Fassung geben und der Standpunkt des Herrn Schwarz nicht wird aufrecht erhalten werden können. Ich habe kein Bedürfnis des Gesetzentwurfs ist ja von dem Antragsteller, dem Abg. Ricker, und soden auch von dem Grafen v.

Wolke vollkommen anerkannt, und auch meine politischen Freunde (die Nationalliberalen) werden einmüthig für ihn eintreten. Was den parallel laufenden Militärpensionsgesetzentwurf, der heute von Neuem eingebracht worden ist, betrifft, so konstatire ich, daß meine politischen Freunde vor 3 Jahren in der Kommission die Vereinfachung des Verlangens der Kommunalbesteuerung der Offiziere vollständig anerkannt und keineswegs zugegeben haben, daß diese Frage mit der Militärpensionsfrage in keinem Zusammenhange stehe. Ich schließe, indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß auch auf diesem Gebiete bald ein Abschluß herbeigeführt werde; das Bedürfnis erkennen auch hier meine Freunde vollkommen an. (Beifall.)

Abg. Graf v. Behr: Die Reichspartei steht dem Antrage v. Köller mit wärmster Sympathie gegenüber und empfiehlt seine Annahme dringend. Er ist in der Billigkeit und Gerechtigkeit durchaus begründet. Ich bedaure, daß die Regierung heute erklart hat, daß sie von ihrem früheren Standpunkt nicht abgehen wolle oder zur Zeit nicht abginge. Ich halte es für geboten, daß dieses Beamtengesetz zunächst allein angenommen wird, um so mehr, als die verbündeten Regierungen das Militärpensionsgesetz jederseit haben können. Es liegt also keine Veranlassung vor, die beiden Gesetze zu verbinden. Wir müssen aber auch, wenn wir das andere Gesetz nicht bekommen, das vorliegende allein annehmen. (Beifall.)

Schwarz-Sekretär v. Burhard: Ich habe nicht gesagt, daß die verbündeten Regierungen von ihrem früheren Standpunkt nicht abgehen, sondern nur, es hätte kein Anlaß vorgelegen, darzulegen, ob die Regierungen noch auf demselben Standpunkt stehen, und habe hinzugesagt, daß äußere Merkmale dafür nicht vorliegen, daß die Regierungen von ihrem früheren Standpunkt abgegangen seien. Ob sie in der That auf demselben früheren Standpunkt stehen oder nicht, darüber habe ich nichts gesagt und konnte ich nichts sagen, einfach deshalb, weil darüber nichts festgestellt ist.

Abg. v. Schalscha: Meine politischen Freunde und ich stehen nach wie vor dem Gesetzentwurf sympathisch gegenüber, und ich bedaure nur, daß der Gesetzentwurf nicht schon Gesetz geworden ist, als er zum ersten Male eingebracht war. Ebenso spreche ich mein Bedauern aus, daß nicht auch das Militärpensionsgesetz schon längst verabschiedet ist, und wenn dies nicht in der von der Regierung beantragten Form geschehen konnte, so hätte es für das Wohl des Vaterlandes nur förderlich sein können, wenn die Form der Kommission angenommen worden wäre. Es wird geklagt, daß die Schlagfertigkeit der Armee unter den gegenwärtigen Verhältnissen leide, und doch stolpert man über ein formales Bedenken und macht einen Vorwurf daraus, daß Dinge mit dem Militärpensionsgesetz verquickt werden, die in dasselbe nicht hineingehören. Mit demselben Athemzuge verquickt man freilich selbst das Zivil- und Militärpensionsgesetz. Es ist unbegreiflich, daß die verbündeten Regierungen einem Gesetzentwurf ihre Zustimmung bisher nicht gegeben haben, der für ganz Deutschland Verhältnisse schaffen soll, die in einem großen Theile Deutschlands bereits bestehen; der Gesetzentwurf würde 95 pSt. der Offiziere einen Vortheil schaffen, während er vielleicht 5 pSt. schädigen und doch nicht unbillig schädigen würde. Ich bitte, eine so wichtige Angelegenheit nicht darnach zu beurtheilen, ob formale Unrichtigkeiten bei der Berathung vorgekommen sind oder nicht, sondern einzig vom Standpunkte der Wirksamkeit unserer Armee.

Abg. Richter: Ich will mich freuen, wenn ich mich täusche, aber der Eindruck der Verhandlungen ist für mich ein dem Gesetzentwurf durchaus ungünstiger. Ich hätte es für günstiger angesehen, wenn der Herr Schwarz-Sekretär überhaupt keine Erklärung abgegeben hätte; er war ja bei der ersten Berathung eines Initiativantrages dazu nicht genöthigt. Nun hat Herr v. Burhard zwei Erklärungen abgegeben, die sich eben so wenig decken, wie neulich seine Erklärungen bei der Tabaksteuer. Er hat in der letzten Zeit mehrfach das Unglück gehabt, mißverstanden zu werden. Ich höre aber aus seinen Worten mehr das Nein, als die Geneigtheit für den Gesetzentwurf heraus. Wenn man in der Weise betont, daß keine äußeren Merkmale dafür vorliegen, daß die verbündeten Regierungen ihren früheren Standpunkt verlassen hätten, so kann man sich kaum unsympathischer ausdrücken. Ein anderes ungünstiges Vorzeichen ist dies, daß die Frage des Militärpensionsgesetzes mit dem Beamtenpensionsgesetz hier vermischt wird. Den Schlüssel dazu erhielt ich durch den Antrag des Grafen Wolke, betreffend die Einführung des Militärpensionsgesetzes, der gerade an diesem Tage gestellt wird. Man kann gar keinen ungünstigeren Sachverhalt gegen den Gesetzentwurf machen, als wenn gerade in diesem Augenblicke das Militärpensionsgesetz hervorgezogen wird; eine feindlichere Handlung konnte von der rechten Seite gar nicht unternommen werden. Indem Sie (rechts) gleichzeitig die beiden Anträge unterstützen, zeigen Sie, daß Sie nicht selbstständig das Interesse der Beamten fördern, sondern in anderen taktischen Formen die beiden Gegenstände wieder verquicken wollen. Es ist ja richtig, daß formell die beiden Anträge getrennt eingebracht werden. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß schon das Nebeneinanderbestehen derselben, das Betonen ihres inneren Zusammenhanges der erste Schritt dazu ist, wieder eine Vertoppelung herbeizuführen. Gelingt dies, so wird diese Session in Bezug auf beide Fragen ebenso ergebnislos verlaufen, wie die beiden letzten Sessionen verlaufen sind. Es geht in der That nicht an, daß, wenn man bei der Pension die Gleichstellung der Militärpersonen mit den Beamten fordert, man in demselben Augenblicke es ablehnt, daß auch in Bezug auf die Pension die beiden Kategorien sich gleichgestellt werden, daß die Offiziere sich derjenigen Kommunalbesteuerung entziehen, der die Zivilbeamten unterliegen. Diese Frage muß hier gelöst werden, sonst wird ihre Lösung auf unabsehbare Zeiten hinausgeschoben. (Beifall links.)

Abg. Windthorst: Ich bin der Ansicht, daß dieses Gesetz rückwirkende Kraft haben muß, daß also die Reichsbeamten nachträglich denjenigen Zusatz erhalten, den sie erhalten haben würden, wenn sie preussische Beamte geblieben wären. Wir haben alle Ursache, diese Disparität zwischen preussischen und Reichsbeamten wieder gut zu machen. Der Antragsteller hat zu meinem Bedauern das Beamtenpensionsgesetz für die Offiziere in die Debatte gezogen. Er wußte sich wohl schuldig, daß er gegen die Intentionen der Regierungen vorgeht, denn diese haben das Beamtenpensionsgesetz zurückgezogen. Meine Sympathien für das Militärpensionsgesetz dauern noch fort. Ich weiß, was wir unserer Armee nach außen und innen verdanken. Andererseits aber verlangt das Volk, daß die Offiziere, wenn sie in dieser Sache gleich behandelt werden mit den Beamten, auch die gleichen Lasten tragen müssen, und es haben mir sehr ansehnliche und tüchtige Offiziere gesagt, daß sie diese Ansicht theilen. Indessen will ich heute ein endgiltiges Urtheil nicht abgeben, an Entgegenkommen für das Militärpensionsgesetz wird es unferret nicht fehlen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Malzahn-Galy: Ich freue mich, daß der Antrag Köller eine so entgegenkommende Aufnahme gefunden hat, und ich hätte gewünscht, daß ihm von Seiten der Regierungen ein größeres Entgegenkommen bewiesen worden wäre. Wenn der Abg. Richter aus der Ankündigung des Militärpensionsgesetzes durch den Grafen Wolke einen Vorwurf gegen uns hergeleitet und gesagt hat, feindlicher könne man gegen das Zustandekommen dieses Gesetzes gar nicht handeln, so ist das ungerechtfertigt. Wir haben Ihnen nackt und ohne Rücksicht auf das andere Gesetz das Gesetz über die Reichsbeamten vorgelegt. Wollen Sie dasselbe nicht annehmen, weil Herr v. Köller und auch ich die entsprechenden Forderungen auch für die Militärpersonen für nötig halten? Dann thun Sie es, aber werfen Sie uns nicht vor, daß wir dies Gesetz nicht verabschieden wollen. Dann hat Herr Ricker gesagt, daß der heute von Herrn v. Köller bekämpfte Standpunkt bis in unsere Reihen getheilt worden sei. Ich entfinne mich nicht, daß einer meiner Parteigenossen die Kommunalsteuerfrage mit dem Militärpensionsgesetz gemeinsam behandelt wissen wollte. Ich bestreite also jene Behauptung bis zum Beweise des Gegentheils. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Herr v. Malzahn hat die Sache so dargestellt, als wollten wir den Antrag Köller ablehnen, weil gleichzeitig der Antrag Wolke eingebracht ist. Das liegt und durchaus fern. Ich behaupte aber nach wie vor, daß die Einbringung des Antrages Wolke ein feindlich taktischer Zug gegen den Antrag in Bezug auf das Beamtenpensionsgesetz ist. Es kommt ja nicht bloß darauf an, daß wir das Gesetz annehmen, sondern auch, wie sich die Regierung dazu stellt. Sie bekämpfen diesen neuen Antrag die Regierung in ihrem bisherigen Widerspruch gegen eine Trennung des Zivil- und Militärpensionsgesetzes. Dies wird man auch außerhalb dieses Hauses allseitig erkennen. Man wird sich in Beamtenkreisen sehr enttäuscht fühlen und einsehen, daß mit diesem Antrage nur der alte Stein geboten wird und eine Ablehnung dessen, was alle anderen Parteien in diesem Hause diesen Beamten gewähren wollten. (Zustimmung links.)

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. Ricker, daß Prinz Carolath, also ein Freikonservator, ausdrücklich betont habe, daß die Kommunalbesteuerung mit dem Militärpensionsgesetz in Zusammenhang gebracht werden müsse.

Abg. v. Köller: Wenn der Abg. Richter in der Einbringung des Antrages v. Wolke einen taktischen Zug gegen meinen Antrag erblickte, so ist das durchaus falsch. Wir wollen die Materie getrennt behandeln, sonst hätten wir eine kombinierte Vorlage eingebracht. Sie (links) haben nun einmal die Gelegenheit verpaßt, einem dringenden Bedürfnis im Lande abzuhelfen, geben Sie es nur zu! (Lachen links, Zustimmung rechts.)

Damit schließt die erste Berathung, worauf das Haus sofort in die zweite eintritt. Abg. Pfaffert hat beantragt, das Gesetz nicht mit dem Tage der Verlobung, sondern mit dem 1. April 1883 (an welchem Tage das Beamtenpensionsgesetz zum ersten Male vorgelegt wurde) in Kraft treten zu lassen. Er hält die rückwirkende Kraft des Gesetzes für recht und billig, weil man schon 1883 den Beamten Hoffnungen auf sein Zustandekommen gemacht habe.

Abg. v. Köller bittet, den Antrag bis zur dritten Lesung zurückzustellen. Das preussische Gesetz sei bereits 1882 angenommen worden. Darauf müsse Rücksicht genommen werden.

Nachdem auch Abg. Ricker denselben Wunsch geäußert, zieht Abg. Pfaffert seinen Antrag für dieses Stadium der Berathung zurück.

Abg. Windthorst hält die Sache für vollkommen spruchreif, eignet sich den zurückgezogenen Antrag an, und beantragt, ihn, da die verbündeten Regierungen trotz direkter Aufforderung zu demselben nicht Stellung nehmen, der Budgetkommission zu überweisen.

Dieser Antrag wird jedoch abgelehnt und das Gesetz unverändert angenommen.

Es folgt die erste Berathung des von dem Abgeordneten v. Jazdzewski und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877.

Abg. Dr. v. Jazdzewski: Bei der Entscheidung über diesen Antrag sollten keine politischen Gründe, sondern nur praktisch-juristische Gesichtspunkte in Betracht kommen. Es kommt doch bei den Gerichtsverhandlungen vor Allem darauf an, daß den streitenden Parteien Recht geschehe. Die Kommission der vorigen Session ist den Wünschen der polnischen Bevölkerung nur soweit entgegengekommen, daß sie vorschlug, daß, wenn unter Theilnahme von Personen verhandelt wird, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ein Dolmetscher zuzuziehen ist und die in fremder Sprache gemachten Aussagen in dieser in das Protokoll aufgenommen und dem Theilnehmenden zur Durchsicht vorgelegt werden. Damit ist unsere Forderung eines ausführlichen Nebenprotokolls, worauf meine Landsleute so großes Gewicht legen, beseitigt; die Wichtigkeit der Protokolle aber ist erst wieder durch den letzten Erlass des preussischen Justizministers betont worden. Es empfiehlt sich eine nochmalige Prüfung unserer Wünsche in einer Kommission. Dabei könnte erwogen werden, ob nicht auch in dieser Richtung eine Aenderung in das Gerichtsverfassungsgesetz gebracht werde, daß es zugelassen werde, daß die Richter, welche die Muttersprache der Parteien verstehen, direkt in der Muttersprache verhandeln können. Die erwähnten Zustände werden um so schwerer empfunden, als an guten Dolmetschern außerordentlicher Mangel ist.

Abg. Kadis: Meine Freunde und ich werden dem Antrage zustimmen. Im Jahre 1871 äußerte sich Fürst Bismarck gegen die elsässische Deputation ungefähr so: „Die Sprache eines Volkes ist ein hochschätzbares Eigenthum, das nicht angefaßt werden darf.“ Er gab auch zu, daß in den Gegenden von Elsaß-Lothringen, wo man vorwiegend deutsch spricht, jedoch auch der französischen Sprache mächtig ist, die Kenntniß beider Sprachen für die Bewohner dieses wie jedes Grenzlandes ein Vortheil ist, der nicht verkümmert werden darf. Leider wird dort öfters nicht im Sinne dieser Worte verfahren. Darin hat der Antrag Recht: eine gründliche Rechtsprechung ist nicht denkbar, wenn die Parteien sich nicht verstehen und nicht sicher sind, vom Richter verstanden zu werden.

Abg. v. Cuny: Herr Kadis hat sich über die Behandlung der französischen Sprache in Elsaß beschwert. Aber gerade im Elsaß sind derselben weitgehende Konzessionen gemacht. Gleich im Jahre 1871 ist der Grundsatz ausgesprochen worden, daß überall da, wo die französische Sprache Volkssprache ist, regelmäßig vor den Friedensgerichten (später vor den Amtsgerichten) in französischer Sprache verhandelt werden solle, und an diesem Grundsatz hat man bis heute festgehalten. Die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen geben also keinen Grund zu Angriffen, wie sie Abg. Kadis soeben gemacht hat. Er hat aber auch noch weiter weiter verlangt, daß selbst für die deut-

ischen Sprachgebiete die französische Sprache oberrecht erhalten werden soll. Wir ist es unverständlich, wie eine solche Forderung auf Grund des Nationalitätsprinzips erhoben werden kann. Ebenso unverständlich ist es mir, wie er auf Grund dieses Prinzips zu einer Unterstützung des Jagdewski'schen Antrages hat kommen können. Er scheint mir denselben nicht recht gewürdigt zu haben. Jedes Volk ist berechtigt, die Erhaltung seiner Sprache zu begehren. Aber davon steht nichts in dem Jagdewski'schen Antrage. Derselbe stellt sich nicht auf den Boden des Nationalitätsprinzips. Das beweist Art. I des Antrags, der die seit dem Jahre 1772 der Krone Preußen zugefallenen polnischen Landestheile umfasst. Bekanntlich deckt sich dieses Gebiet nicht mit dem polnischen Sprachgebiete. Es umfasst einerseits nicht Oberschlesien, das auch eingeschlossen werden müsste, wenn Jagdewski vom Nationalitätsprinzip ausginge. Andererseits bezieht sich derselbe auf Gegenden, wo die deutsche Sprache das Uebergewicht hat, auf Westpreußen und Posen. In Danzig, Marienwerder, Marienburg ist das Deutsche überwiegend, und doch soll die polnische Sprache dort mit der deutschen gleichberechtigt sein. Auf Art. II. will ich nicht eingehen; das wird die Kommission zu thun haben. Ich bitte Sie, eine Kommission von 14 Mitgliedern zu wählen.

Abg. Hartmann hält die Forderung eines Nebenprotokolls nicht für zweckentsprechend, glaubt vielmehr, daß im Rahmen des jetzigen Gesetzes größere Garantien für eine richtige Rechtsprechung auch in Gegenden mit gemischter Bevölkerung gesucht werden müssen.

Abg. Rintelen spricht sich auch für eine besondere Kommission aus.

Die Debatte wird geschlossen. Das Schlusswort erhält Abg. v. Jagdewski: Dem Abg. v. Cuno bemerke ich, daß wir Oberschlesien nicht in unserem Antrage berücksichtigt haben, weil wir in demselben nicht nur die Interessen der Gerichts- pflege vertreten, sondern auch Verträge, welche Oberschlesien nicht zu statten kommen. Es steht ja nichts im Wege, daß die ober-schlesischen Abgeordneten ein Amendement zu meinem Antrage stellen, welches ihre Gegenden berücksichtigt. Unserer Unterstützung dürfen sie sicher sein. Wir wollen keinen Staat im Staate, wie Herr v. Cuno uns vorwirft, sondern nur eine Berücksichtigung unserer Nationalität im preussischen Staate. (Beifall.)

Der Antrag wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die Beratung des von den Sozialdemokraten eingebrachten Arbeiterschutzgesetzes in Verbindung mit den Anträgen der Abgg. Lieber, Dize, Vahren wegen Einschränkung der Sonntagsarbeit, der Frauen-, Kinder- und Nachtarbeit.

Abg. Pfannkuch: Herr v. Büttner hat in der vorigen Session gemeint, wenn in dem Arbeiterschutzgesetz unsere ganze Weisheit enthalten sei, so könnten wir auch auf der rechten Seite des Hauses sitzen. Das hat uns nicht abgehalten, unseren Antrag auf's Neue einzubringen. Bei der Sonntagsruhe hat der Reichskanzler gefragt, ob wir der Ansicht seien, daß die Industrie den Ausfall der Sonntagsarbeit zu tragen habe. Dieser Ansicht sind wir allerdings. Und ist sie dazu nicht im Stande, im Gegensatz zu den Industrien Englands und Nordamerikas, die sich dem puritanischen Sonntag zum Trost entwickelt haben, so können wir uns für dieselbe nicht begeistern. Es ist noch Enqueteen über Sonntagsarbeit u. s. w. veranstalten, heißt die Sache verschleppen. Auch bei der Forderung des Normalarbeitstages leitet uns der Gedanke, daß der Kapitalprofißt zu schmalen ist, um dem Arbeiter den Vorteil verkürzter Arbeitszeit zu schaffen. Der Kanzler hat gemeint, wir sollten mit dieser Forderung nicht vor die Arbeiter treten. Die Petitionen zu Gunsten des Arbeiterschutzgesetzes könnten eine ganz andere Sprache. Hunderttausende von Arbeitern haben sich einverstanden erklärt mit den Führern der Sozialdemokratie, die man dargestellt hat als Leute, die von der Agitation lebten. Aber die meisten derselben haben die Schule des Lebens mit ihren Härten und Mühen kennen gelernt. Sie haben einen anderen Beruf erst ergriffen, als sie wegen ihrer politischen Gesinnung Arbeit nicht mehr finden konnten. Wie mit der Sonntagsarbeit, so sieht es auch mit der Frauen- und Kinderarbeit. Sehen Sie, wie die kleinen Kinder in den Spinnspinnereien beispielsweise ihre Jugend verkümmern, und Sie werden mit mir sagen, daß es besser ist, auf einen Luxus zu verzichten, als die Kinderarbeit weiter aufrecht zu erhalten. Es freut mich, daß die Herren von der Rechten und aus dem Centrum in dieser Beziehung ähnliche Anträge stellen. Sehen Sie so weiter, so werden Sie auch um die Eigentumsfrage nicht herum können. Denn dasselbe ist nicht göttlicher Ursprungs, sondern eine historische Kategorie. Ueberall müssen andere Verhältnisse eintreten, ehe uns der volle soziale Frieden werden kann. Durch den Normalarbeitstag werden allein annehmbare Verhältnisse zwischen der Produktion und der Konsumtion hergestellt werden können. Es ist richtig, auch in meiner Faktion bestehen Meinungsverschiedenheiten über diese Frage. Aber dieselben sind rein theoretischer Natur. Unsere Bestrebungen gehen auf einen organischen Aufbau der sozialen Verhältnisse hinaus. Damit widerspricht sich schon der Vorwurf, als ob wir eine revolutionäre Partei seien. Unsere Anträge wollen die Klüft überbrücken, die sich zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern aufgethan. Ohne die Sozialdemokratie würden wir in diesem Hause niemals zu einer gründlichen Erörterung der sozialen Frage gekommen sein. Die von der Linken empfohlene Selbsthilfe hat sich ohnmächtig erwiesen gegen den Kapitalismus. Im Namen der Humanität, der Gerechtigkeit und des Arbeiterstandes bitte ich die Herren um die Reduzierung der Arbeitszeit, um eine Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit und um die Befestigung der Gefängnisarbeit. Wir sind und bewirkt, an einer großen Kultur- aufgabe mit heiligem Ernst mitzuwirken. Schneiden Sie uns nicht die gesetzgeberische Arbeit ab. Der sozialdemokratische Staat wird ganz bestimmt den Arbeiterstand in seiner Form ablösen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Um 4 1/2 Uhr verläßt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag 1 Uhr.

Kommunales.

w. Wahl-Protokolle. In einer außerordentlichen Sitzung am Mittwoch beschäftigte sich das Magistratskollegium unter anderem auch mit einem beim Magistrat eingegangenen Protest gegen die angelegte Stichwahl zwischen Lipprecht und Kohler. Der Vorstand des 26. Wahlbezirks hat, wie bereits bekannt, für die dritte Abtheilung eine Stichwahl zwischen beiden genannten Orten am 15. Dezember eingelegt. Hiergegen ist nun beim Magistrat ein Protest eingegangen, weil das Verfahren des Wahlvorstandes am 24. November er. nicht korrekt gewesen sei, denn der Direktor Kohler sei am Tage der Wahl nicht naturaler Proceß gewesen, die auf ihn gefallenen Stimmen seien dabei unglücklich. Bei den Stadtverordnetenwahlen vor einigen Jahren seien in einem Wahlbezirk ebenfalls diejenigen Stimmen, welche für einen Hausbesitzer abgegeben werden sollten, die aber auf einen Nichthausbesitzer gefallen waren, für unglücklich erklärt worden. Wenn der Wahlvorstand aus Unkenntnis der Sachlage die Stimmen für gültig erklärt habe, so folge daraus noch nicht die Nothwendigkeit zur Aufhebung einer Stichwahl, vielmehr habe der Magistrat einfach die Kohler'sche Wahl nachträglich für unglücklich, dagegen den Gärtnereibesitzer Lipprecht für gewählt zu erklären und die Stichwahl zu inhibiren. Der Magistrat hat sich dahin schlüssig gemacht, daß er selbst nach der seit den letzten Stadtverordnetenwahlen geänderten Gesetzgebung zu einem Eingreifen in den Gang des Wahlgeschäftes und zu

einer Anweisung an den Wahlvorstand beziehungsweise der Gültigkeits- oder Ungültigkeitserklärung der abgegebenen Stimmen gar nicht mehr zuständig sei und deswegen auch auf den gegenwärtig vorliegenden Protest etwas Weiteres nicht veranlassen können. Erst wenn durch den Wahlvorstand ein Resultat der Wahl als ein endgültiges ihm mitgeteilt sein werde, sei dies von ihm einfach bekannt zu machen und gegen das in solcher Weise bekannt gemachte Wahleresultat sei dann innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist ein Protest zulässig, der von ihm zur Entscheidung der Stadtverordneten-Versammlung vorzulegen sein werde.

w. Wegen Anlegung der Poststraße auf der Strecke zwischen Adlersstraße und der Anhalter resp. Dredener-Bahn hat der Minister der öffentlichen Arbeiten die dabei theilhaftigen Eisenbahn-Direktionen von Berlin, Erfurt und Magdeburg angewiesen, mit dem Magistrat in kommissarische Verhandlung zu treten.

Die Zahl der Geisteskranken und Epileptischen, für welche die städtische Verwaltung Berlin in sorgen hat, nimmt fortwährend zu. Während sie am 1. Oktober 1882 1594 betrug, belief sie sich, wie die „Nat. Zig.“ mittheilt, am 1. Oktober d. J. auf 1976, ist mithin in drei Jahren um 382 jährlich durchschnittlich um 127 Kranke gestiegen. Für den nächsten 1. Oktober (1886) werden im Etatenwurf 2100 Kranke angenommen. Von den Kranken des 1. Okt. d. J. befanden sich 1253 in der Irrenanstalt zu Döllsdorf, 723 in Privatanstalten. Wie bekannt, wurde die Döllsdorfer Anstalt nur für 1000 Geisteskranken und Epileptische gebaut; sie kann aber in der That 1250 aufnehmen. Eine weitere Steigerung ist dagegen nicht möglich, und es müssen daher die Kranken, welche nach Döllsdorf überwiesen werden, jetzt schon regelmäßig in Privat-Irrenanstalten überführt werden.

Lokales.

cr. Eine der im Prozeß Graef mehrfach erwähnten Personen, die junge Lieschen Kother ist vor einigen Tagen im Krankenhaus ihrem Lungenseiden erlegen und vorgestern beerdigt worden. Die Ursache erschien uns zuerst nicht wichtig genug, um von ihr Notiz zu nehmen, viele Hunderte sterben täglich, die eine fühlbare Lücke zurücklassen, deren Fehlen von den Angehörigen schwer empfunden wird, und dennoch fällt es Niemandem ein, sich irgendeine um diese namenlosen Dahingegangenen zu kümmern. Mit der Familie Kother verhält sich dies jedoch anders, sie hat einmal dazu gedient, Stoff zur Sensation zu bieten, die „Gesellschaft“ ist durch sie indirekt wenigstens kompromittirt worden, daher glauben die Organe der „Gesellschaft“ heute immer noch, diese Familie mit derjenigen Verächtlichkeit, die der „Gesellschaft“ selbst mindestens in gleichem Maße gebührt, vor aller Augen behandeln zu müssen. Das Odium, welches auf exzentrische Wüstlinge fällt, muß dadurch abgeschwächt werden, daß man ihre Opfer noch im Tode begießt. Das Gericht hatte damals sein Urteil gefällt, es liegt uns fern, hier noch einmal die alte Streitfrage aufzuwickeln zu wollen, aber acht lange Tage standen doch damals die Angeklügten am Pranger, und wenn sie schließlich freigesprochen wurden, so waren diese langen acht Tage auch schon Strafe. Wie liegt die Sache nun heute? Alle Tage liest man über den Herrn Professor Graef in der Presse seiner Anhänger wohlwollende Notizen: der Herr Professor denkt gar nicht daran, nach „Elofens“ überzusiedeln, er ertrübt sich des besten Wohlleins, er ist in rühmlichen Schaffen begriffen, schließlich in „Spreetathen“, und wir „Spreetathen“ sollen in hellen Jubel hierüber ausbrechen, wenigstens diejenigen, die keine Töchter haben, deren körperliche Eigenschaften sie zu Modellen qualifiziren. Wir sind durchaus nicht dazu veranlagt, den pedantischen Sittenrichter zu spielen, aber der Ansicht sind wir doch, daß bei derartigen Angelegenheiten der verführerische Theil mindestens dieselbe Achtung genieße wie der verführende. Es wird keinen rechtlich denkenden Menschen geben, der es abzuwehnen wagt, daß der Professor Graef ganz allein die moralische Schuld an der stillosen Verkommenheit desjenigen Mädchens, mit dem er jahrelang in den intimsten Beziehungen stand, auf sich zu nehmen hat. Wie verhält sich nun die Presse, die dem Professor Graef zu Füßen liegt, diesem doch sehr einfachen Sachverhältniß gegenüber? Vorgestern wurde Lieschen Kother begraben, und Alles, was an verabscheuungswürdiger Rohheit, an der brutalsten Schamlosigkeit jemals erdacht worden ist, das wurde gestern Morgen vom „Berliner Börsen-Kourier“ am Saige dieses fünfzehnjährigen Kindes ausgesprochen. Sind wir soweit gekommen, daß wir die Scheu vor der Allmacht des Schmerzes verlieren, daß wir die heiligsten Gefühle, die ein Menschenherz überhaupt bewegen können, zum Gegenstand leichter Börsenwitze machen, zu umgelebten Reuten einen Moment des unmenslichsten Vergnügens zu bereiten? Wenn das der Fall ist, so ist es gut; wir möchten aber gern wissen, was man beginnen würde, wenn eine Zeitung ähnlicher Gesinnung bei dem Verlebensbeginne dieses Börsenfürsten oder nur eines ganz gewöhnlichen Kommerzienraths machen würde. So viel ist sicher, daß die Familie Kother keine Musterfamilie ist, aber ob diejenigen Mittel, die häufig an der Pöbe angewendet werden, um Geld zu „verdienen“, an Unauferlichkeit denen der Familie Kother sehr viel nachstehen, das ist eine Frage, aber die der „Börsen-Kourier“ wahrscheinlich selbst am besten informiert ist. Bisher war es immer Sitte, daß man sich am Saige eines Todten mit dem größten Jarggefühl benahm, und mögen die Mitglieder der Familie Kother sonst gethan haben, was sie wollen, das wenigstens können sie von den „gebildeten“ Kreisen verlangen, daß man sie am Saige eines ihrer Angehörigen ihren Schmerz ruhig ausweinen läßt.

Ueber die Lage der Berliner Eisenarbeiter finden wir in der „Volls-Zig.“ einige Mittheilungen. Bei Hoppe, bei Schwarzkopff, bei Bogis und in anderen großen Werkstätten ist leicht zu erfahren, wie es mit Arbeit und Verdienst beschaffen ist. Ohne die Lorpedosabiration würde bei Schwarzkopff so gut wie gar nichts zu thun sein, und Beschäftigung ist schon seit Monaten nicht vorhanden gewesen. Bei Bogis aber ist, so weit es den Lokomotivbau betrifft, schon seit Jahren ein sehr unerschütterliches Arbeitsverhältnis. Zur Zeit feiern z. B. die Schmiede auf dem sogenannten Eisenwerk, nachdem ihnen im vorigen Jahre ein Lohnabzug von 10 pCt. und in diesem Jahre ein solcher von 15 pCt. gemacht worden. Längere Arbeitspausen für den Einzelnen wie für die Berufsarten, Schmiede, Dreher u. s. w., Halbtagsarbeit oder Beschäftigung in halben Wochen beziehungsweise bestimmten Wochentagen sind schon seit Jahren die Hilfsmittel gewesen, um Arbeiterentlassungen vorzubeugen, und nachdem am 8. Dezember 1883 die vierzehnjährige Lokomotive fertiggestellt, ist heute erst Nr. 4176 in Arbeit, während bei normaler Thätigkeit die Nr. 4200 längst überschritten sein dürfte. Die augenblickliche Arbeitspause, welche der Natur der Sache nach zuerst die Schmiede trifft, ist um so befremdlicher, als, wie aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, nicht direkter Arbeitsmangel die Ursache ist. Es sind noch 17 Maschinen in Bestellung, aber die Zeichnungen werden noch nicht ausgegeben, man will also seitens der Verwaltung jedenfalls Sparjamkeit üben und dem gänzlichen Arbeitsmangel vorbeugen.

b. Einigkeit macht stark. Die Gastwirths haben durch ihr vereintes Vorgehen gegen die Uebelstände im Brauereiwesen einen ersten Erfolg zu verzeichnen. Eine der ersten hiesigen Brauereien hat beschlossen, das unvortheilhafte Tonnenmaß durch das Hektolitermaß zu ersetzen. Sie wird fortan ihr Bier nur in amtlich geeichteten Fässern von 1/4, 1/2, 3/4, 1 Hektoliter Gehalt verkaufen. Die anderen Brauereien werden natürlich nachfolgen müssen. Es wird damit einem der größten Uebelstände im Bierverkauf gesteuert. Denn der Tonneninhalt

variiert von 125 Liter (Soll) bis zu 180 Liter. Wer sich mit den Bierfahrern gut sieht, bekommt die größten Fässer. Die Flaschenhändler machen namentlich den Wirthen eine irreelle Konkurrenz, ja sie halten sich ihre eigenen Fässer, deren Inhalt sie bestimmen. Die Fässer der Brauereien dagegen enthalten oft noch weniger als 125 Liter (das Sollmaß), weil sie in Folge des Biehens und der Reparaturen allmählich kleiner werden. Daß Jemand, der 120 Liter für 21 M. erhält, mit demjenigen konkurrenzen kann, der für dasselbe Geld 180 Liter erhält, ist aber einfach unmöglich.

g. Mit dem 1. Januar t. J. tritt eine Polizei-Verordnung des Regierungs-Präsidenten zu Potsdam über die Ausführung des Feld- und Forstpolizeigesetzes in Kraft, welche eine ganze Reihe von Spezialbestimmungen — wie das Einfangen von Nachtigallen, das Töden u. gemischte Vogelarten, die Kruppung des Berberitzenstrauchs, die Befestigung der Heuschrecken, die Vertilgung der großen Heuschrecke, die Forstpolizei-Verordnung vom 1. Januar 1870 und die Hilfeleistung bei Waldbränden — außer Wirksamkeit setzt wird. Nach der neuen Polizeiordnung wird mit Geldstrafe bis zu 30 M. unter Anderem bestraft, wer unbefugt Gewerbe oder einzelne Stangen von Rothbirschen oder Dammhirschen aufsammlt. Mit Geldstrafe bis zu 50 Mark wird bestraft, wer 1. unbefugt Forsten schießt, oder Feuerwerke oder andere Gegenstände abdrückt, 2. in der Zeit vom 1. März bis 1. Oktober in Forsten ohne Erlaubnis des Forsteigenhümers oder Forstverwalters außerhalb derjenigen öffentlichen Fahrwege, welche auf beiden Seiten durch Gräben gegen den Forstbestand abgegrenzt sind, Tabak anders als auf Weiden mit geschlossenem Deckel raucht. Bezüglich eintägiger Waldbrände bestimmt die Polizeiordnung: Bei Waldbränden sind die männlichen Bewohner der Umgegend, bis auf 8 Kilometer Entfernung von der Brandstätte, im Alter von 18 bis 50 Jahren Hilfe zu leisten verpflichtet. In den Gemeinden hat der Gemeindevorsteher, in Gutsbezirken der Gutsbesitzer den vierten Theil der hiernach verpflichteten Mannschaften mit Spaten, Hacken und Äxten zu versehen, unter einem geeigneten Anführer in möglichster Eile nach der Brandstätte abzurufen, auch, soweit erforderlich, für nöthige Ablösung durch frische Mannschaften zu sorgen. Im Falle der Verhinderung werden mit Geldstrafe bis zu 30 M. bestraft.

h. Zum Kapitel der Konkurrenz der weiblichen Bekleidung in kaufmännischen Geschäften wird mitgeteilt, daß ein nicht unbedeutendes hiesiges Geschäft an Stelle der früheren Verkäuferin zwei Verkäuferinnen engagirt, weil — — — die Verkäuferinnen nur 15 bis 30 M. erhalten sollen.

Die Hutnadel! Als Sonntagabend ein junges Mädchen am Gadenischen Markt den Omnibus verließ, sah sie eine alte Frau gerade gegenüber stehen, die ihre lange Nase tief in die Weichtheile unterhalb des rechten Auges steckte. Sie leider nicht festgehalten, um sie zu verlagern; das ist ein einziges Mittel, das lebensgefährliche Instrument abzuwehren.

b. Händler und Polizei liegen auf dem Rühmbaum wegen der Ausstellung ihrer Waaren schon seit alter Zeit im Krieg. Schon im Anfang des vorigen Jahrhunderts ließ der Magistrat die Pantoffelmacher durch die Polizeidiener von Rühmbaum fortbringen. Die heutigen Kleiderhändler haben sich zu helfen gewußt. Sie haben sämtliche Scheiben ihrer Laden ausgeschnitten und hart hinter den leeren Rahmen der Schätze ausgehängt. Sie hängen so für Jedermann sichtbar ohne daß die Polizei ihnen etwas anhaben kann.

Bei den hiesigen Orts-Krankenkassen werden, wie bekannt geworden ist, Arbeitnehmer zwar angemeldet, nach langer Zeit aber, ohne aus der Arbeit bei dem bisherigen Arbeitgeber auszuweisen, wieder abgemeldet, und in sehr vielen Fällen beschäftigen die Arbeitgeber Wochen und Monate lang Arbeiter, ohne sie bei den betreffenden Kassen anzumelden, und veranlassen zu Anmeldung erst bei plötzlichen Erkrankungen die Leistung kostenloser ärztlicher Behandlung. Zur Befreiung dieser zu Tage getretenen Mißthat hat das Polizei-Kollegium die wir erfahren, die Reviervorstände angewiesen, den Stammsmitgliedern der Ortskrankenkassen, sofern sie die Angelegenheit als solche legitimiren, bei Recherchen in Fällen der angegebenen Art die nöthige Unterstützung zu gewähren und etwa erforderliche Auskunft zu erteilen.

Ein hiesiges Blatt berichtete vor einigen Tagen, daß ein feingekleideter Herr mit schwarzem Rollhut einem vierjährigen Knaben in einem Hausflur der Mühlstraße einen anstuhnen versucht habe, aber in seinem Vorhaben gescheitert sei. Ueber den Vorfall ist bei der Polizeibehörde nach dem Befragt worden, auch haben die in den Häusern geborenen Nachfragen die Richtigkeit der Angaben nicht bestätigt.

Der Polizei-Präsident von Berlin hat unter dem 24. November d. J. die Bestimmung des Publikums vom 8. März 1850, nach welcher jeder Schiffsführer, der auf der Spree mit dem Einmündung bis zur Ausmündung des Landwehrkanals mit Einschluß dieses Kanals ein Fahrzeug, welches zum öffentlichen Dienst, aufstellen oder an die Wer anlegen will, eine polizeiliche Erlaubnis bedarf, dahin erweitert, daß die Auflisten über die Anlegen eines Fahrzeuges am rechten Ufer Obersee bis zum Markgrafendamm aufwärts gleichfalls polizeiliche Erlaubnis erforderlich ist.

Eine neue Mode für Damen wird in nachstehendem Ansat eines hiesigen Blattes angekündigt: „Reizende Mäpfe, für Damen hinten auf der Tourneüre zu tragen, zu verkaufen bei D. Reizner, Schlächtermeister, Ebingen an der Landsberger Allee.“

ar. Allerhand Humoristika von der Volkshalle werden uns von einem Diktator Kommissarius freundlich zur Verfügung gestellt. Da gibt Jemand den 4. Juli 1886 sein Geburtstags an und will seit — 1848 in Berlin wohnhaft sein! Ein Bruder Studio schreibt in der Rubrik „Confession“ christlich sozial! Ein mit Kindern reich begabter Vater wählt hat, gibt als seinen Beruf an: „Vater häuslicher Hausgenossen.“ Dementsprechend findet sich bei seinem Berufswort die Bemerkung: „Kind.“

Verwandener Knabe. Die Ehefrau des Reichthumsdörferstraße 19 wohnhaften Kupfer schmiedes Vender schickte am 30. November Vormittags ihren 2 1/2 Jahre alten Sohn zum Hof, um zu spielen. Als sie sich nach etwa einer Stunde nach dem Knaben wieder umsah, war derselbe verschwunden. Ein sechsjähriger Knabe will den Vender den Markt am Kettelbedränge mitgenommen und dort auf dem Gestalt verloren haben. Alle bisherigen Nachforschungen ohne Erfolg. Der verschwundene Knabe hat helles blondes Haar und blaue Augen und war mit einer grauen blauen schwarzen Hose, rosafarbenen Strümpfen und mit Lederstiefeln bekleidet.

h. Die Berliner Pfandleihen sind ein entsetzliches Zeichen der Zeit. Wollte man von der Zahl dieser Pfandleihen absehen, so müßten die Einwohner des Reichthums sehr glücklichen Verhältnissen leben, denn die Pfandleihen Pfandleihen sind hier am Orte, um einen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen, wie Sand am Meere. Diese Vertheuerung ist denn aber doch nicht ganz zutreffend, denn man auch die Anzahl gelassen lassen möchte, daß es demnach noch etwas zu verlegen hat, noch nicht „schlecht“ geht, wird diese Ansicht doch sofort widerlegt durch die Rothenscheidt des Verlegens, und daß diese zwingende Nothwendigkeit in hohem Maße vorhanden ist, beweist eben die große Zahl dieser „bestehenden“ Pfandleihen und gerade dies „Bestehen“ dieser Institute resp. deren Inhaber trotz des Druckes, den das Gesetz auf sie ausübt und das ihnen

reiche Regelung unserer ökonomischen und sozialen Verhältnisse am leichtesten erzielt werden.

Ueber die Arbeitszeit im Bezirke Plauen im Voigtlande berichtet der dortige Fabrikinspektor: „Wenn noch jetzt in mehreren Fabriken an einer vierzehntägigen täglichen Arbeitszeit festgehalten wird, und einer der Unternehmer behauptete, er könne von dieser nicht abgehen, so lange andere Arbeitgeber des nämlichen Industriezweiges die von Alters her eingeführte tägliche Arbeitszeit von 14 Stunden beibehalten, die Fabrikarbeiter übrigens auch kein Verlangen trügen, diese Zeit gekürzt zu sehen, da sie hierbei ja nur am Lohn einküften und die gewonnene Zeit nicht zu verwerthen wüßten, so stehen diesen Behauptungen zahlreiche Aeußerungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entgegen, daß eine tägliche Feststellung der täglichen Arbeitszeit in ihrer längsten Dauer und deren strenger Durchführung, oder eine Beschränkung auf vorläufig etwa 11, höchstens 12 Stunden, im Allgemeinen als eine Wohlthat angesehen werden könnte.“ — Wie gnädig! 8 1/2 Stunden zwölf Stunden! Es ist bei all' diesen Angaben zu bemerken, daß die Arbeitszeit ohne die Essenspause gerechnet wird.

Ueber die Lohnsätze läßt sich der Fabrikinspektor von Meißen folgendermaßen vernehmen: „Die Höhe der Lohnsätze, welche auf Grund von Ermittlungen bei den erwachsenen männlichen Arbeitern zwischen 8 und 18 M. und darüber, bei den erwachsenen weiblichen Arbeitern zwischen 5,50 und 12 M. und darüber, bei den jugendlichen Arbeitern zwischen 1 und 5 M. und darüber wöchentlich betragen, läßt auf eine günstige Ernährungsweise der Fabrikarbeiter im Allgemeinen schließen.“ — Schade, daß der Herr Inspektor nicht die Durchschnittslöhne und mittelt, dann würden wir sicherlich erfahren, daß dieselben viel näher bei dem angegebenen Minimum der Löhne, als bei dem Maximum ständen. Ungefähr so: Durchschnittslohn für Erwachsene 10 M., für weibliche Arbeiter 6 M., für jugendliche Arbeiter 2 M. Wie man dabei auf eine günstige Ernährungsweise schließen kann, ist unerfindlich.

Die großen technischen Fortschritte haben sich auch bei der ober-sächsischen Eisenindustrie deutlich gezeigt. Im Jahre 1880 befanden sich im dortigen Revier 48 Hochofen und 2 Holzohlen-Hochofen im Gange, die zusammen wöchentlich 6450 Tonnen Roheisen lieferten. Gegenwärtig sind neben den beiden Holzohlen-Hochofen nur noch 31 Hochofen im Betriebe, die aber wöchentlich 8500 Tonnen Roheisen erzielen. Der jetzige sogenannte schlechte Geschäftsgang dort erklärt sich nicht etwa daraus, daß die Produktion theurer, sondern nur daraus, daß die Produkte viel billiger geworden sind.

Vereine und Versammlungen.

Die Stellmacher Berlins hielten am Sonntag, den 29. November, Vormittags, in Gräy's Salon, Brunnenstr. 140, eine öffentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Nutzen der Organisation (Ref. Herr Michelsen). 2. Fortsetzung der Beratung des von der Kommission ausgearbeiteten Akkord- resp. Lohn-tarifs. 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab Herr Michelsen zunächst einen Ueberblick über die schlechte Lage des Handwerks der Jetztzeit und wies darauf hin, daß der Arbeiter gerade durch die heutigen Lohnkämpfe immer mehr dazu gedrängt würde, sich eine Organisation zu schaffen; daß es überhaupt das Bestreben eines jeden Gewerks sein müßte, sich klar darüber zu werden, wodurch eine Verbesserung der gewerblichen Verhältnisse zu ermöglichen, und wie eine dem Gesetz entsprechende Organisation zu schaffen sei.

Re'ner führte dann weiter aus, daß jeder Einzelne bestrebt sein müsse, an dem großen Werke der Organisation der Arbeiter mitzuwirken, da ja von den Arbeitgebern nichts zu erwarten sei. Alle Arbeiter müßten sich die Hand reichen und nie das Ziel aus dem Auge verlieren. Auch für die Stellmacher sei die Zeit gekommen, die Hand ans Werk zu legen, wie Brüder zusammen zu stehen und mit zu helfen, die Interessen ihres Berufes zu wahren und zu fördern. Redner zieht hierauf auch die Lage der Meister in Betracht und erwähnt, daß gerade die besseren Meister es sind, welche gedrückt werden durch die Konkurrenz derjenigen, welche schlechte Arbeit billig liefern und infolge dessen ihre Gesellen drücken und länger arbeiten lassen; daß es aber die Arbeiter selbst sind, welche sich oft um ihre Lage am wenigsten kümmern. Nur durch die Gleichgültigkeit der Arbeiter sei es den Meistern möglich geworden, daß sie sich die Arbeiter nur allzu gefügig machen konnten. Jeder Stellmacher müßte herangezogen werden zu dem schönen Bunde, es müßte soweit kommen, daß auch nicht einer sagen könne, er gehöre der Vereinigung nicht an. — An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner sehr lebhaft, deren Ansichten sich im allgemeinen mit den Ausführungen des Vortragenden deckten. Daraus wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige, in Gräy's Salon tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, der Vereinigung der deutschen Stellmacher beizutreten. Sodann wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergegangen. Die Debatte über einzelne Fragen zog sich etwas in die Länge, so daß beschlossen wurde, wegen der vorgerückten Zeit die Beratung über diesen Gegenstand in der nächsten Versammlung fortzusetzen. Alsdann wurde noch Herr Paulik als Revisor des Unterstützungsfonds gewählt. Herr Graaf machte bekannt, daß die Versammlung der „Vereinigung deutscher Stellmacher“ (Zentrale Berlin) am Sonnabend, 5. Dezember, Abends 8 Uhr, Kommandantenstr. 77/79, in Grätzel's Bierhallen (im unteren hinteren Saal) stattfindet. Ein Vortrag des Regierungsbau-meister Repler steht in Aussicht. Gäste sind zu dieser Versammlung willkommen. Von Seiten des Vergütungs-Komitees wurde bekannt gemacht, daß am 13. Februar 1886 ein Wiener Rasenball in Bögym's Brauerei (Brenzlauer Allee) stattfindet, wozu Biletts schon jetzt bei allen Komitee-Mitgliedern zu haben sind.

In der öffentlichen Versammlung der Berliner Böttcher, welche am Sonntag Vormittag unter Vorsitz des Herrn Hollman in Heise's Salon tagte, kam es zu sehr heftigen Debatten über die jetzigen Lohnverhältnisse. Verschiedene Meister weigern sich jetzt, nach dem Tarife, den sie erst kürzlich anerkannt haben, zu zahlen; sie fangen an, den Lohn zu reduzieren. Hauptsächlich sind es die Meister, in deren Werkstätten die Bierfässer fabriziert werden, und diejenigen, bei denen meistens auf Lohn gearbeitet wird. So z. B. Herr Dietert, der am Freitag seine 6 Gesellen entlassen hat, weil sie in der Restauration zum Frühstück gegessen haben. Es werden bei dem betreffenden Meister nur alte Fässer repariert, z. B. Del. Beer, Hertings, Farb-, Schwefelsäure-Fässer. Da ist es doch absolut notwendig, daß sich die Arbeiter die Hände reinigen, bevor sie ihren Bißten Brod essen. Doch muß Herr D. seinen Arbeitern zu, sie sollten bei der jetzigen schlechten Witterung in seinem Stall, — denn Werkstätte kann man es nicht nennen — ihr Frühstück verzehren. Vielleicht sieht sich die Sanitäts-polizei einmal diese Arbeitsstelle an, trotzdem Niemand, der nicht dazu gezwungen ist, in solche Räume, in denen die Arbeiter den ganzen Tag über arbeiten müssen, gern hineingeht. — Die Versammlung beschloß, bei allen Meistern, welche trotz ihrer Zustimmung zum Tarif mit Lohn-

abzügen vorzugehen, sofort die Arbeit wieder einzustellen. Es wurde dann noch in der Versammlung ein Flugblatt und die Statuten der Zentral-Versehrungs-Kasse vorgelesen (S. 10). Die Versammlung war sich noch nicht klar, ob sie die hiesigen Kollegen dieser Kasse anschließen oder einen Fachverein gründen sollen. Ein Beschluß hierüber soll in der nächsten Versammlung gefaßt werden.

hls. Im Verein zur Wahrung der Interessen der Tapezierer Berlins referierte am Montag Abend (in den Grätzel'schen Bierhallen) Herr Sander über den „Deutschen Tapezierer-Bund“, den bekannten Verband der deutschen Tapezierer-Innungen. Von Leipzig ausgegangen, umfasse derselbe jetzt 18 bis 20 Tapezierer-Innungen, ferner habe er bereits drei Kongresse abgehalten und zur Hebung der Lage der Handwerksmeister eine Reihe von Kohlen- und anderen Genossenschaften, sowie eine Gehilfen-Unterstützungs-Kasse errichtet. Als aushändig hob der Referent die vom Bunde gegenüber stets beobachtete ablehnende Haltung der hiesigen Tapezierer-Innung hervor. — Hierauf wurde unter Anderem beschlossen, vom 1. Januar l. J. ab das Arbeitsnachweisesbureau des Vereins auch in den Abendstunden wieder geöffnet zu halten. Die für ein ausgeschiedenes Vorstandsmitglied vorgenommene Ergänzungswahl fiel auf Herrn Trautmann. Aus den Delegiertenwahlen zu dem vom 6. Januar ab, im Anschluß an die Generalversammlung der Zentral-Krankenkasse der deutschen Tapezierer in Frankfurt a. M. stattfindenden allgemeinen deutschen Tapezierer-Kongress gingen als gewählte die Herren Richter, Sander und Wildberger hervor. Zur Zentral-Krankenkassen-Versammlung muß aus statutarischen Rücksichten eine Neuwahl der Delegierten stattfinden.

Öffentliche Generalversammlung der Schlosser und Berufs-Genossen. Sonntag, den 6. Dezember, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Keller, Andreasstr. 21. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Regierungs-Bau-meisters Keller über die Schädlichkeit der Akkordarbeit. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Revisoren und eines Kommissionsmitgliedes. 4. Einberufung der Delegierten. 5. Verschiedenes.

Briefkasten der Redaktion.

Friedrichshagen. Es liegt nichts im Wege, daß Mitglieder eines politischen Vereins Personen werden können, die in verschiedenen Ortspolizei-Bezirken wohnen.
J. S. Die Forderung ist noch nicht verjährt. Die Klage muß am 31. Dezember d. J. zugestellt sein.
Abonnent. Die Frau ist Ihnen zum Ersatz des verlorenen Werths der Sachen verpflichtet. Die Klage ist durchaus begründet.
Hammer. Zur Bezahlung der Alimente ist der mütterliche Vater verpflichtet; die Verheirathung der Mutter ändert hieran nichts.
Rachau. Sie sind im Unrecht, wir raten Ihnen, sich mit dem Vermieter zu vergleichen.
S. 100. Sie sind bis zum 1. April an den Miethsvertrag gebunden.
Karge. Sie müssen bei der Gewerbe-Deputation auf Herausgabe der Geburtsurkunde klagen.
Gr. Marienburgerstraße. Das Papier darf nur auf einer Seite bedruckt werden.
R. W., Modelopolitzer, Brenzlauerstraße. Das ist ganz gleichgültig.
J. R. 1856. Die Beantwortung der Frage hängt von den Bestimmungen des Miethsvertrages ab. In demselben werden Sie die Antwort finden.

Theater.

- Oberhaus.**
Heute: Die Hochzeit des Figaro.
Schauspielhaus.
- Deutsches Theater.**
Heute: Rabale und Liebe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
- Residenz-Theater.**
Heute: Clara Soleil.
Wallner-Theater.
- Belle-Alliance-Theater.**
Heute: Ein Fallissement.
Bahnhalla-Oberetten-Theater.
- Victoria-Theater.**
Heute: Messalina.
Central-Theater.
- Königsstädtisches Theater.**
Heute: Casspiel der Mispitaner. Die kleine Baronin.
Theater der Reichshallen.
- American-Theater.**
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Raufmann's Varieté.
- Konfordia.**
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten und theatralesche Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Ballnertheaterstraße 15.
Heute:
Benefiz für den Oberregisseur Alfred Seefeld.
Mit theilweise neuen Dekorationen und Kostümen.
Hinko,
oder: **König und Freiknecht.**
Drama in 5 Akten und einem Vorspiel von Ch. Birch Pfeiffer.
Vor der Vorstellung: Großes Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Wochentags haben Wochentags Sittigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.
Passage 1 Treppe. 9 U Morg. bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
Das maler. Ober-Italien. Pompeii.
Eine Reise durch die sächsischen Schweiz. Dresden.
Hochinteressant: Die Gertha-Reise. Karolinen-Inseln. 8 Reife 20 Pfg. Kinder nur 10 Pfg. Abonnements.

Reichhaltiger Abendtisch.
Zu jeder Tageszeit:
A. Düggelberger Fleck,
à Portion 25 Pf.
Einem geehrten Publikum empfehle mein
Weiß- & Bairisch-Bier-Lokal
Arbeitsnachweis für Klavierarbeiter.
Achtungsvoll
Hermann Stramm, Restaurateur, Skalitzerstraße 18.

Mach's Casino.
Oranienstraße 24. Rauninstr. 65a.
Täglich: **Grosse Spezialitäten-Vorstellung.**
Neu! Auftreten des berühmten Nigon-Länserpaars Geschwister Hootit, des Transformationskünstlers Dr. Hoffli, des utomischen Willms, der Wiener Duettisten Geschwister Franke, der Chansonetten Frä. Büren, Lazarini, Krüger, sowie Spezialitäten 1. Ranges. Näheres die Tagesprogramme.
Wochentags Anf. 8 Uhr, Sonntags Anf. 6 Uhr.

Präuser's anatomisches Museum
im rothen Schloss
von 9 Morgens bis 10 Abends für erwachsene Herren.
Freitag ganzer Tag Damentag.

Meinen Freunden und Bekannten theile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich seit dem 5. November cr. mit dem Bigaretten- und Tabakgeschäft, Weinbergweg 15b, welches meine Firma trägt, in gar keinem geschäftlichen Verkehr mehr stehe.
Zur Führung meines Namens als Firma ist Niemand berechtigt.
Ferdinand Ewald,
s. B. Brandenburg a. O.

Schön- und Schnellschreib-Unterricht!
Drei verschiedene Schriften für 6 Mark leitet der Unterzeichnete in den neu eröffneten Schreib-Kursen in der Dresdenstr. 10 jeden Dienstag und Freitag, Steglitzerstr. 65, III, beim Lehrer, jeden Mittwoch, „Deutschen Kaiser“, Lotzringstr. 37, jeden Donnerstag von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr.
Gustav Meitheke,
2285| Kalligraph und Schreiblehrer, Steglitzerstr. 65.

en gros. **Cigarren- u. Tabak-Handlung** en détail.
Fritz Goercki
Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde.“)
Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Seesawftabake.
Sehr assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigaretten und Tabake.
Echt Nordhäuser Rauttabak.

Unserem Freunde Franz Knippel zu seinem heutigem Tage ein donnerndes Hoch!
109
S. L. G. S. M. R.
Unserem Freunde G. Hoffmann zu seinem heutigem Tage ein donnerndes Hoch!
W. S. J. G.

Prinzenstraße 53.
Winter-Paletots!!
Herren- und Knabenanzüge sowie Damenkleider u. Mäntel im Tuchgeschäft Prinzenstr. 53, gegenüber d. Turnhalle.
Theilzahlungen gestattet!
Prinzenstraße 53.

Die Nr. 23 der humoristischen Blätter
„Der wahre Jacob“
ist erschienen und in der Exped. des „Berl. Volksbl.“ zu haben.
Ein kinderloses Ehepaar wünscht ein Mädchen von circa 2 Jahren an Kindesstatt anzunehmen. Off. erb. unter X. Y. Z. 101 Postamt Steglitz.

Arbeitsmarkt.
Ein tüchtiger Vergolder auf Körbe findet dauernde und lohnende Beschäftigung bei
H. Kerlau, Brandenburgstr. 62.
Bergolder auf Leisten verl. Schmidt, Reichensbergerstraße 114.
Eine tüchtige Maschinennäherin (Einger) wird verlangt bei
108| Frau Kule, Mühlauerstraße 33, Hof part.

Fr.
Es
mittler
sohwen
Entom
habende
B
Lages
für Sa
des gef
diese
welche
Raf G
resp. 1/
Un
sohwen
B
nisse B
Steuern
kommen
W
für zw
Sals v
jenige
mit zw
Einlome
60 000
Schweig
Heuer.
Un
sohwen
W
Wohnun
wichtige
vom G
eine La
für fünf
Do
im Dur
601
1201
1801
2401
3001
3601
4201
4801
45|
„2
Sigung
Bas i
wähig
General
vergesse
Bürger
„2
Studien
in die
sie fällt
Besuch
„2
Du sie
„2
Borwan
„2
Sasteten
oben n
Wenn
Borurt
D
lassen,
bealen
„2
niemals
wird d
beachtet
sichgen